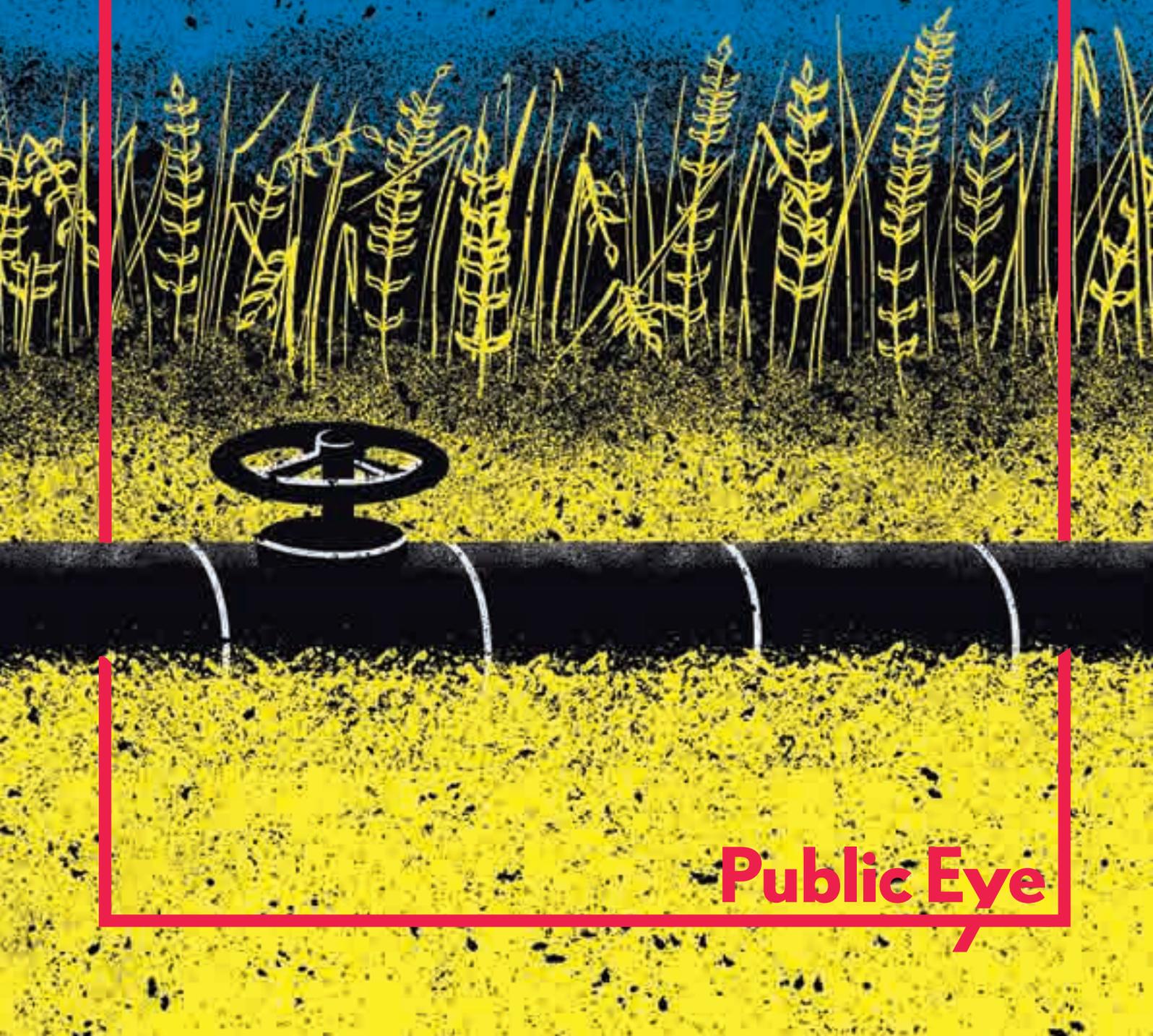


PUBLIC EYE MAGAZIN

Nr. 35 April 2022

ROHSTOFFHANDEL

Wie die Schweiz Putins Kriegskasse füllt



Public Eye



Oliver Classen

Hinschauen, statt wegducken

Bilder sind mächtiger als Worte, besonders im Krieg. Die Aufnahmen von den russischen Gräueltaten in Bucha haben mir erst den Atem und dann die Sprache verschlagen. Später kamen Wut, Angst und eine Trauer hinzu, die bis heute andauert.

Anders ging es mir, als ich erstmals das auf Seite 9 abgebildete Foto von Wladimir Putin und dem damaligen Glencore-Boss Ivan Glasenberg sah. Der Handschlag, mit dem der russische Autokrat und der Schweizer Rohstoff-Magnat ihren Milliarden-Deal um den Staatskonzern Rosneft besiegelten, löste eine Mischung aus Fremdschämen und Neugierde aus. Ersteres, weil Putin (damals schon) Kriegsherr und Glasenberg (damals schon) einer seiner Geldbeschaffer war; letzteres, weil mich Wunder nahm, was hinter dieser peinlichen Freundschaftsgeste steckt.

In schwierigen Tagen wie diesen merken wir, wie existenziell notwendig seriöser Journalismus für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie ist. Denn es braucht furchtlose Reporter*innen, die mit den erschütternden Bildern aus dem Kiewer Vorort die Grundlage dafür schaffen, dass Putin und seine Schergen für solche barbarischen Verbrechen hoffentlich bald zur Verantwortung gezogen werden. Ebenso braucht es versierte Rechercheur*innen, um die strategischen Hintergründe und verwinkelten Details eines Geschäfts wie jenes zwischen Glencore und Rosneft auszuleuchten und einzuordnen. Genau das leistet Public Eye – natürlich nicht nur in Kriegszeiten, dann aber besonders gründlich und umfassend, wie die Texte meiner Kolleg*innen zeigen.

Ob das weiter munter über Genf und Zug sprudelnde Öl von Putin, die sich aus ihrer Verantwortung stehenden Agrarhandelsriesen oder unser Finanzplatz als Oligarchen-Eldorado: Die russische Invasion der Ukraine macht die hässlichen Seiten vom «Geschäftsmodell Schweiz» schonungslos und für alle Welt sichtbar. Die politische Konsequenz der auch hierzulande spürbaren Zeitenwende muss «endlich hinschauen, statt ewig wegducken» lauten. An den Grundlagen dafür arbeiten wir trotz Trauer und Fremdschämen mit Hochdruck weiter. Jetzt erst recht.

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender*innen möglich.

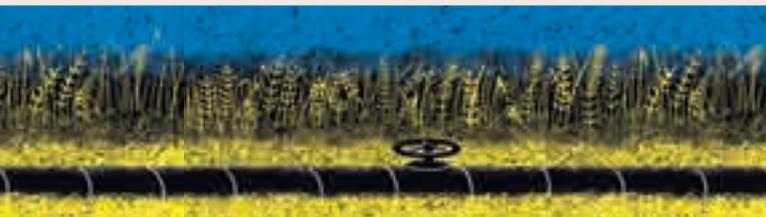
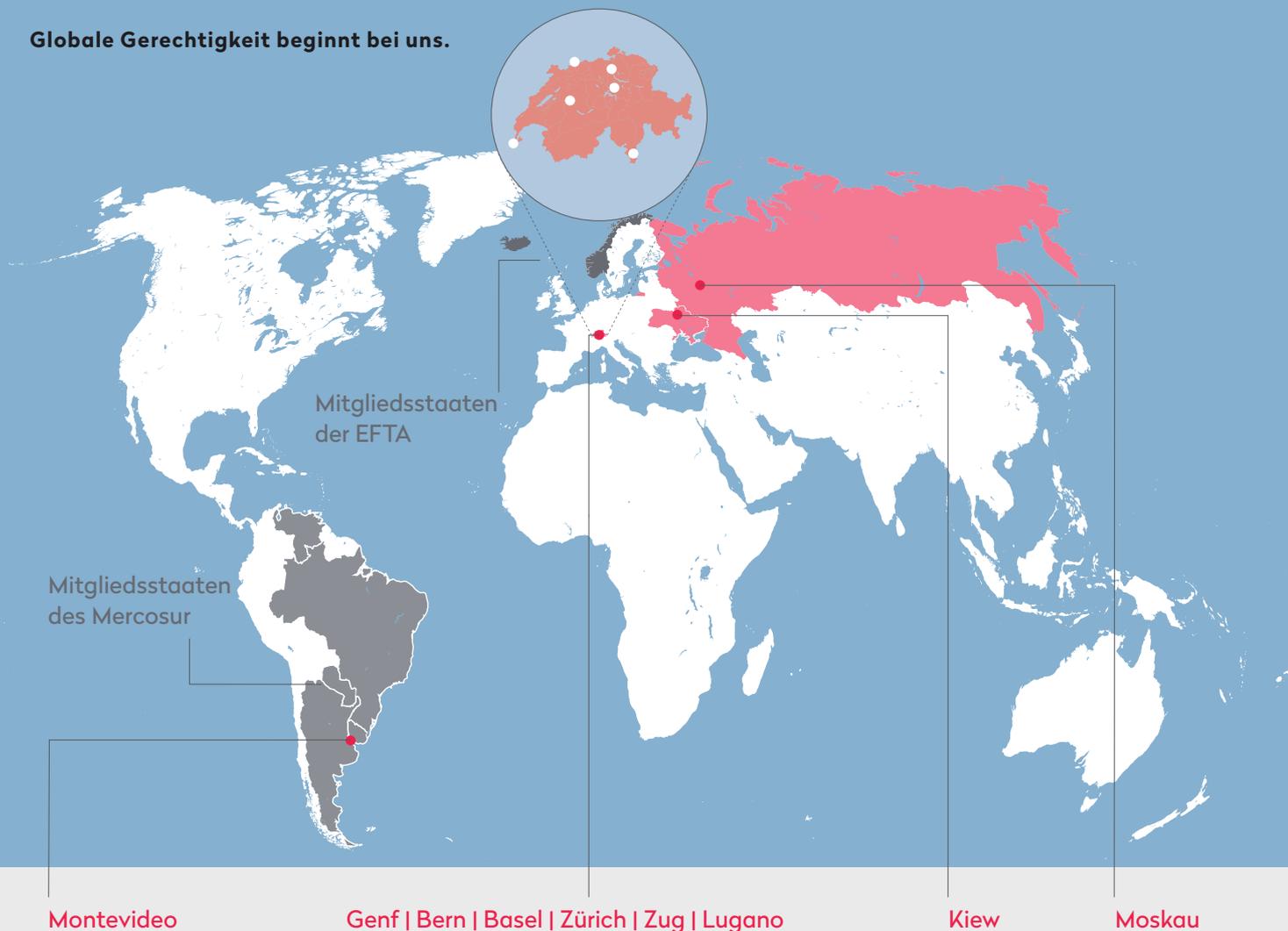
Sie sind bereits Mitglied? Herzlichen Dank! Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken. publiceye.ch/geschenkabo

Sie sind noch nicht Mitglied? Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin. publiceye.ch/mitglieder

Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen? Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo. publiceye.ch/schnupper

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

Public Eye



Schwerpunkt Ukraine: So ist die Schweiz in den Krieg involviert

- 4 Internationaler Druck hin oder her: Wie Recherchen von Public Eye zeigen, haben in der Schweiz ansässige Händler im Februar und März über 80 Millionen Barrel Öl aus russischen Häfen verkauft.
- 12 Als Folge der internationalen Sanktionen, die die Schweiz mitträgt, sehen sich Oligarchen auch hierzulande bedrängt. Die Schweiz als sicherer Zufluchtsort – das war einmal.
- 15 Der Krieg lässt die Preise für Agrarrohstoffe und Lebensmittel explodieren. Manchenorts droht eine Hungerkrise. Als weltweit grösster Handelsplatz für Agrargüter trägt die Schweiz jetzt eine grosse Verantwortung.
[Moskau, Russland](#) | [Kiew, Ukraine](#) | [Genf, Zug und Lugano, Schweiz](#)

Korruption von Pharmakonzernen wird oft nicht als solche erkannt

- 18 Viele Korruptionsrisiken im Pharmabereich sind gar nicht als solche reguliert. Public Eye hat eine Studie dazu in Auftrag gegeben und fordert entsprechende Gesetze.
[Basel, Schweiz](#)

Werden die Briefkastenfirmen doch noch zum Auslaufmodell?

- 26 Ein zentrales Register für die wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen gilt im Kampf gegen die Geldwäscherei international neu als Mindeststandard. Die Schweiz lobbyiert.
[Bern, Schweiz](#)

Dem Mercosur-Abkommen droht heftiger Widerstand

- 32 Das Handelsabkommen mit Lateinamerika steht auf wackligen Füßen. Um den Deal doch noch ins Trockene zu bringen, muss die Schweiz aus Sicht von Public Eye gehörig nachbessern.
[Bern, Schweiz](#)



Der russische Präsident Wladimir Putin posiert 2015 mit den Oligarchen und Milliardären Arkadi Rotenberg und Gennadi Timtschenko während eines Eishockeyspiels.

© Sasha Mordovets/Getty Images

Die schmierigen Freundschaften des Kreml

Russland baut seine Macht auf Kohlenstoff, den König der chemischen Elemente. Im Handel mit den daraus gewonnenen Rohstoffen konnten die staatlichen Ölkonzerne in Moskau stets auf die Unterstützung der in der Schweiz ansässigen Handelshäuser zählen. Sei es, um ihnen einen finanziellen Spielraum zu verschaffen oder um sie bei der riskanten Gewinnung von Öl und Gas in der Arktis zu begleiten. Die Recherchen von Public Eye zeigen, dass die in der Schweiz ansässigen Händler trotz des wachsenden internationalen Drucks im Februar und März über 80 Millionen Barrel Öl aus russischen Häfen verkauft haben.

Diesen Winter verriet die Stiefelspuren von Eliteeinheiten und die Abdrücke von Panzer-
raupen im Schnee die starke militärische Präsenz entlang der russisch-ukrainischen Grenze. Zeichen einer bevorstehenden Invasion? Es handle sich bloss um militärische Manöver – beschwichtigte der Kreml am frühen Morgen des 24. Februar.

Während Schnee das Geräusch von Stiefeln dämpft, täuscht das Rattern von Eisenbahnkonvois selten über den fatalen Lauf der Geschichte hinweg. Im Januar hatte der staatliche Ölkonzern Rosneft seine Bahnlieferungen von Kerosin, Diesel und Benzin an die in sieben Grenzregionen der Ukraine und Weissrusslands stationierte russische Armee vervierfacht. «Im Februar erreichten diese Liefermengen 14 000 Barrel pro Tag», berichtete das Analyseunternehmen Energy Intelligence, das vor einem drohenden Bewegungskrieg gewarnt hatte.

In den Kreisen der Trader heisst es, Rohstoffe würden die Wirtschaft antreiben. In Russland, wo etwa 10 % der weltweiten fossilen Brennstoffe produziert werden, sind Gas und Öl auch Treibstoff des Kriegs. Sie bescheren dem Land einen jährlichen Erlös von 200 Milliarden US-Dollar. Im Jahr 2021 hing der russische Staatshaushalt zu 36 % von diesen Exporten ab, heute angesichts der explodierenden Preise und des wirtschaftlichen Ruins des Landes sogar noch stärker.

Zuverlässige Partner in der Schweiz

Der Konzern Rosneft ist der Eckpfeiler von Wladimir Putins Staatskapitalismus. 1993 im Rahmen der Privatisierung staatlicher Unternehmen gegründet, profitierte Rosneft 2006 vom Konkurs des privaten Ölkonzerns Yukos, nachdem dessen Chef, der Oligarch Michail Chodorkowski, verhaftet worden war. Der Ölriese beliefert seit der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 offiziell das russische Verteidigungsministerium. Mit dem Preisanstieg im vergangenen Jahr schnellten seine Einnahmen um 46 % auf 121 Milliarden US-Dollar in die Höhe, was dem Doppelten des staatlichen Militärbudgets entspricht. Als BP 2011 in das Unternehmen einstieg, warnte das Magazin «The Economist» den britischen Ölmulti bereits: «Rosneft ist kein normales Unternehmen.»

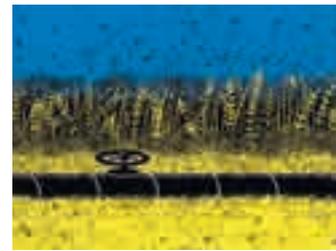
Doch der russische Megakonzern konnte sich immer auf die grossen Handelshäuser mit Sitz in der Schweiz verlassen, die den Grossteil seines Öls absetzen oder ihm Geld vorstreckten. Seit 2011 hat Rosneft auch sein Handelsgeschäft in Genf angesiedelt.

Laut der Schweizer Botschaft in Moskau werden rund 80 % des russischen Rohstoffhandels über die Finanzplätze Genf, Zug und Lugano abgewickelt. Die Zahl ist bereits seit mehreren Jahren im Umlauf, doch es gibt keine detaillierte Datenbasis oder etwa eine Aufgliederung nach den verschiedenen fossilen Energieträgern (Öl, Gas,

Kohle). Bei Rohöl und Ölprodukten gehen die Schätzungen von Public Eye derzeit von 50 bis 60 % aus.

Unsere Recherche zeigt, dass die Ölströme seit Beginn des Kriegs keineswegs versiegt sind.

Nach unserer Zählung auf Basis der automatisierten Schiffsverfolgung von Greenpeace verliessen zwischen dem Kriegsbeginn am 24. Februar und dem 21. März 326 Tanker russische Häfen, darunter 26 mit Flüssigerdgas beladene Schiffe. Im Zuge des US-Importembargos haben die meisten europäischen Länder zwar ihre Einkäufe von russischem Rohöl im Vergleich zu 2021 um die Hälfte reduziert. Doch der Kreml konnte den Schaden dank der raschen Umleitung der Ölströme in Grenzen halten. Die Türkei beispielsweise erhöhte ihre Importe von in Schwarzmeerhäfen geladenem Öl im Vergleich zum März 2021 um 240 %, wie aus Daten hervorgeht, die Public Eye von VesselsValue, einer auf Schiff- und Luftfahrtmärkte spezialisierten Website, zur Verfügung gestellt wurden (siehe Grafik). Die in der Schweiz ansässigen Handelshäuser kamen ihrer Rolle als Logistiker auch in schwierigen Zeiten nach.



Schaulaufen der Schweizer Ölkonzerne im Schwarzen Meer

Laut Angaben von Schiffsmaklern, die uns die Rechercheplattform SourceMaterial zur Verfügung gestellt hat, belegen in der Schweiz ansässige Händler die ersten Plätze in der Rangliste der grössten Käufer von russischem Öl in den Monaten Februar und März. An der Spitze steht das Genfer Unternehmen Litasco, Tochtergesellschaft des grössten privaten russischen Ölproduzenten Lukoil, das im Februar und März schätzungsweise mit mindestens 3,36 Millionen Tonnen russischem Öl gehandelt hat. Das sind etwa 24,6 Millionen Barrel oder das Äquivalent von ungefähr 41 Tankern mittlerer Grösse.

Danach folgen die Handelsunternehmen Vitol und Trafigura, die sich um den zweiten Platz streiten (rund 17,2 Millionen bzw. 12,8 Millionen Barrel). Auch der russische Staatskonzern Rosneft ist in der Rangliste vertreten, obwohl er offenbar Schwierigkeiten hat, Terminals zum Entladen seiner Fracht zu finden. Überraschender ist, dass ein unbekanntes, ebenfalls in Genf ansässiges Unternehmen namens Paramount im Februar und März 11,7 Millionen Barrel erworben haben soll. Nach der Invasion am 24. Februar scheinen die Volumina von Trafigura, Paramount und Litasco sogar zu steigen.

In den russischen Häfen von Taman und Tuapse scheint der Krieg, der auf der anderen Seite des Schwarzen Meers tobt, das Schaulaufen der Ölkonzerne kaum zu stören. Gemäss den Daten von SourceMaterial werden die von Vitol, Trafigura oder Glencore gecharterten Tanker mit russischem Gasöl, Diesel oder Naphtha beladen.

Die drei Konzerne hatten Ende 2021 gerade Ausschreibungen für diese leichten Ölprodukte des Unternehmens Rosneft dazugewonnen, das auf der Ostseite des Schwarzen Meers eine Raffinerie betreibt.

Auf Anfrage von Public Eye teilt Trafigura über eine Sprecherin mit, dass sie die uns vorliegenden Zahlen bestreitet, aber nicht bereit ist, uns Details zu den verschifften Mengen zu liefern, die «Monat für Monat im Einklang mit unserer vertraglichen Vereinbarung liegen». Paramount spricht zwar von «korrekten» Zahlen, bestreitet aber den Trend: «Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine gab es keinen spezifischen Anstieg.» Glencore antwortete nicht auf eine detaillierte Liste von Fragen, liess uns aber eine Stellungnahme zukommen, wonach der Konzern «sich nicht mehr an neuen Handelsaktivitäten mit Rohstoffen russischen Ursprungs beteiligen wird, es sei denn, er wird von den zuständigen Regierungsbehörden dazu aufgefordert». Litasco reagierte nicht auf unsere Anfrage.

Die Destinationen der Tanker auf dem Schwarzen Meer sind die Türkei, der Libanon oder Südeuropa: Malta, Griechenland und Italien sind die Länder, die am meisten von den rund 7,8 Millionen Barrel an Rohöl und Ölprodukten abhängen, die Russland vor der Krise exportiert hat. «Von Europa aus betrachtet könnte man meinen, dass das russische Öl weniger gefragt ist», gesteht Vitol-Chef Russell Hardy «aber es ist schwierig, die Pipelineströme zu ändern, und viele Raffinerien haben keine Alternativen.» Am 22. März erinnerte er auf dem jährlich in Lau-

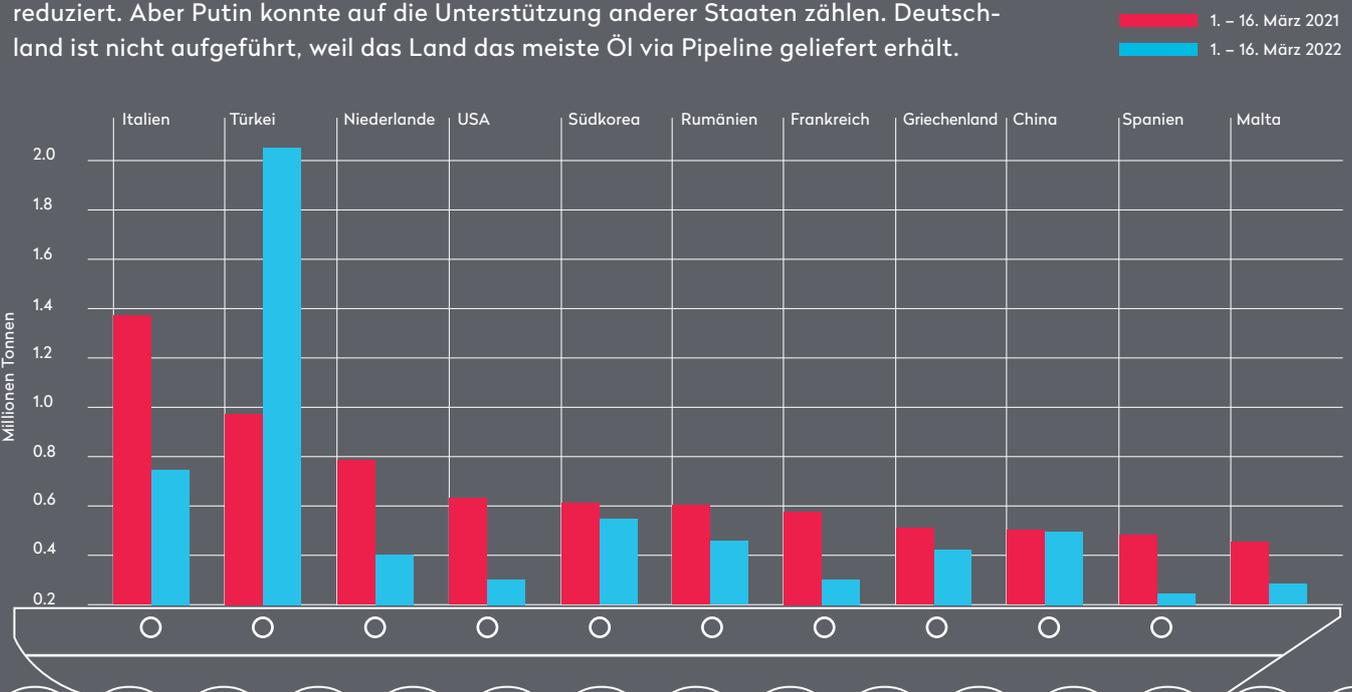
sanne stattfindenden Rohstoffgipfel, dem FT Commodities Global Summit, erneut daran, dass Europa für die Hälfte seines Verbrauchs auf russischen Diesel angewiesen ist.

Die Doppelmoral der Rohstoffhändler

Gemäss Schätzungen der Rechercheplattform SourceMaterial hat Vitol seit Kriegsbeginn sieben Tanker mit russischem Öl im Gesamtwert von rund 100 Millionen US-Dollar beladen. Auf Anfrage bestätigt eine Sprecherin des Konzerns die derzeitige Verladung von Öl in russischen Häfen, behauptet aber, dass «ein grosser Teil davon aus Kasachstan stammt und im Rahmen bestehender Terminverträge geliefert wird». Wo immer möglich, suche man nach nicht-russischen Bezugsquellen, heisst es bei Vitol, das wie seine Konkurrenten nach eigenen Angaben alles unternimmt, um den europäischen und weltweiten Energiebedarf zu decken. Mit der bemerkenswerten Ausnahme von Vitol verurteilten Glencore, Trafigura und Gunvor in einer Pressemitteilung unaufgefordert die Gewalt des Kriegs in der Ukraine und seine «verheerenden» Auswirkungen für die Menschen. Sie kündigten zwar an, ihre Beteiligungen an bestimmten Unternehmen oder ihre Investitionen in Russland zu überprüfen, doch die Händler äusserten sich weitaus weniger zu ihren langfristigen Lieferverträgen mit dem Kreml oder den sogenannten «Spot-Verträgen», bei denen Lieferungen über einen kurzfristigen Zeitraum vereinbart werden. →

Exporte russischer Öltanker aus Schwarzmeerhäfen

Die meisten europäischen Länder und die USA haben ihre Importe von russischem Öl reduziert. Aber Putin konnte auf die Unterstützung anderer Staaten zählen. Deutschland ist nicht aufgeführt, weil das Land das meiste Öl via Pipeline geliefert erhält.



Europas grosse Abhängigkeit von russischem Öl und Gas

Als Folge der Invasion der Ukraine durch Russland sind die Preise für Öl und Erdgas stark gestiegen. Europa ist bei russischem Öl und noch stärker beim Erdgas der mit Abstand wichtigste Abnehmer. Beides wird in unzähligen Pipelines Richtung Westen geführt; mehrere davon führen durch die Ukraine.

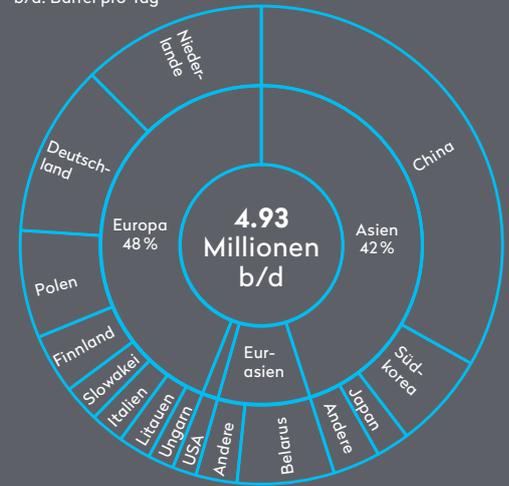
Total aller Ölexporte Russlands: 6,5 Mio. Barrel pro Tag (b/d, inkl. Diesel u. A.)

Exporte pro Region	Rohöl / Kondensat in Barrel pro Tag (b/d)	Erdgas in Billionen Kubikfuss (Tcf)
Europa (OECD)	2,38 Mio. b/d	6,08 Tcf
Asien und Ozeanien	2,05 Mio. b/d	0,91 Tcf
Europa (Nicht OECD)	0,42 Mio. b/d	1,47 Tcf
USA	0,07 Mio. b/d	—

Die wichtigsten Abnehmer von Öl und Gas aus Russland

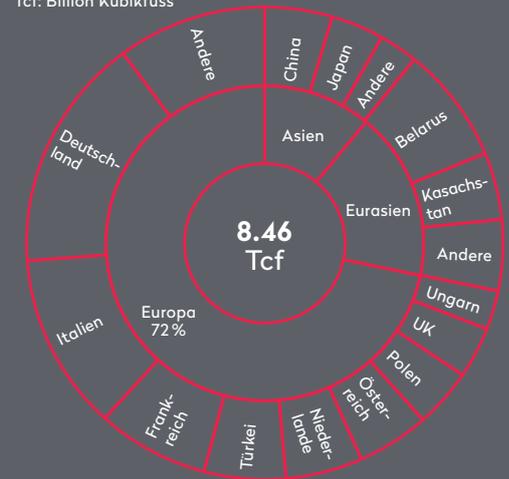
Rohöl / Kondensat (ohne Diesel u. A.)

b/d: Barrel pro Tag

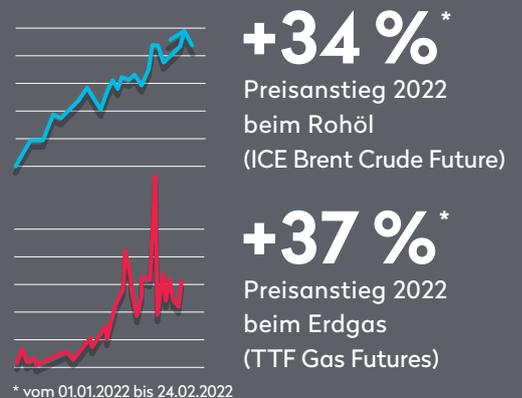
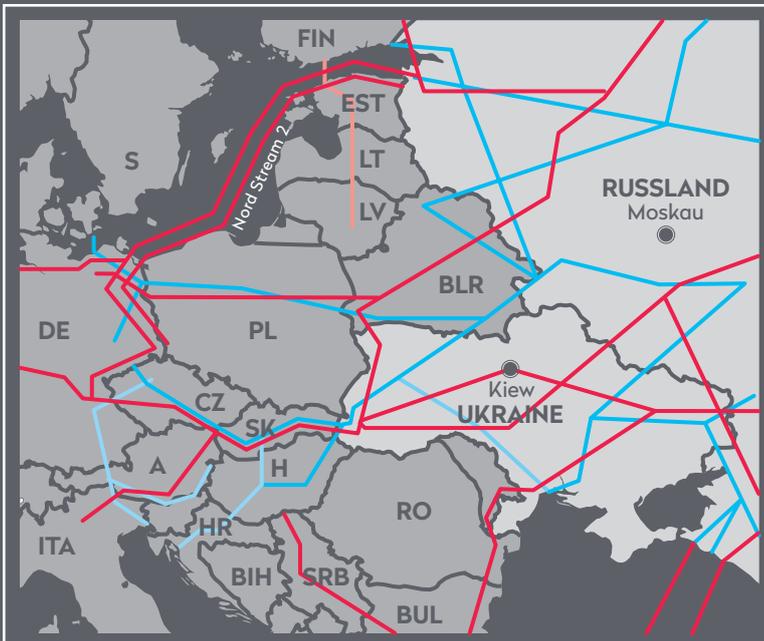


Erdgas

Tcf: Billion Kubikfuss



Die Pipelines von Russland nach Europa für Öl und Gas



Pipelines von Russland nach Europa

- russische Pipeline für Rohöl —
- alternative Pipeline für Rohöl —
- russische Pipeline für Erdgas —
- alternative Pipeline für Erdgas —



Igor Setschin, Präsident des Ölkonzerns Rosneft (ganz links), und Wladimir Putin besuchen 2013 die Rosneft-Ölraffinerie in Tuapse.

© Sasha Mordovits, Getty Images

Trotz des von Joe Biden verhängten Embargos für die Einfuhr von russischem Rohöl in die USA war dieser Handel zumindest bei Redaktionsschluss nicht illegal, solange er andere Länder als die USA betrifft. Dennoch ist die Aufregung in den Handelssälen oder in den Compliance-Abteilungen der grossen Handelshäuser spürbar. Ein Risikomanager berichtet von «mehr als 50 Stunden Wochenarbeitsstunden seit der Invasion», denn «in solchen Zeiten können die Trader auch den grössten Gewinn machen». Die meisten Händler bestreiten jedoch, über neue Verträge für russisches Rohöl oder russische Ölprodukte zu verhandeln.

Bei seinen Versuchen, sich Öl aus der Republik Kongo zu sichern, präsentierte sich der Konzern Gunvor 2010 als eine «von Putin heimlich kontrollierte Organisation».

An den Konferenzen des Rohstoffgipfels in Lausanne traten die Direktoren der verschiedenen Konzerne abwechselnd auf die Bühne und versicherten, dass sie zwar keine neuen «Spot-Verträge» mehr mit den Staatsunternehmen des Kremls abschliessen würden, jedoch gezwungen seien, längerfristige und vor Beginn des Konflikts unterzeichnete Vereinbarungen einzuhalten.

Die Schweizer Händler hatten schon immer eine besondere Beziehung zum Kreml, aber wohl keiner von ihnen hat einen solchen Grad der Abhängigkeit vom russischen Öl erreicht wie Gunvor vor 15 Jahren. Der Genfer Handelskonzern wurde im Jahr 2000 von Gennadi Timtschenko, einem schwerreichen Oligarchen und engen Vertrauten von Wladimir Putin, mitgegründet. Schon bald bezog er bis zu einem Drittel des Öls, das Russland produzierte, und verzehnfachte so seinen Umsatz, der im Jahr 2007, auf dem Höhepunkt dieser ungewöhnlichen Beziehung, 43 Milliarden Dollar betrug.

Bei seinen Versuchen, sich Öl aus der Republik Kongo zu sichern, präsentierte sich der Konzern Gunvor 2010 als eine «von Putin heimlich kontrollierte Organisation» und versprach den kongolesischen Offiziellen, dass «die Türen Russlands sich für Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit öffnen würden». Dies geht aus den umfangreichen Recherchen zu Gunvor im Kongo hervor, die Public Eye 2017 publiziert hatte. Gunvor setzte die Diversifizierung und Expansion auf dem afrikanischen Kontinent fort und setzte bald auch auf Lateinamerika.

2014 kam es zur Invasion der Krim und Gennadi Timtschenko wurde auf die Sanktionsliste der USA gesetzt. Gunvor und sein nunmehr lästiger Oligarch waren gezwungen, sich zu trennen. Letzterer verkaufte seinen Anteil von 44 % für die bescheidene Summe von 1 Milliarde Dollar an seinen schwedischen Geschäftspartner



Wladimir Putin trifft den damaligen Glencore-Chef Ivan Glasenberg nach Abschluss des Deals zwischen dem Zuger Giganten, dem Staatsfonds von Katar und Rosneft. Im Hintergrund Carlo Messina, Chef der italienischen Banca Intesa Sanpaolo, die den Deal mitfinanzierte.

Torbjörn Törnqvist – offiziell nur wenige Stunden vor der Verhängung der Sanktionen.

Nach dem Gewinn mehrerer Ausschreibungen Ende 2020 und Anfang 2021 markierte das Jahr 2021 für Gunvor mit einem Anstieg von 163 % das Comeback der russischen Kohlenwasserstoffe. Gemäss einem Finanzdokument des Händlers, das Public Eye vorliegt, machten diese insgesamt 13,2 % der Liefermengen von Gunvor aus. Auf dem Podium des Rohstoffgipfels in Lausanne spielte der Direktor des Konzerns dieses Engagement jedoch herunter. Klar scheint zu sein, dass Gunvor nicht mehr der bevorzugte Händler des Kremls ist.

Ein Platz im Herzen des Kremls

Und da es in der Natur der Trader liegt, Lücken zu füllen und Chancen zu ergreifen, hat sich der Konkurrent Trafigura schnell einen Platz im Herzen des Kremls erobert. Und das dank eines Finanzinstruments, das der Trader und Glencore-Gründer Marc Rich eingeführt hatte: Vorauszahlungen.

Nachdem Rosneft sich als Folge einer raschen Expansion stark verschuldet hatte, bot Trafigura dem Ölkonzern 2013 einen einzigartigen Deal an: einen Vorschuss von 1,5 Milliarden US-Dollar, der in naher Zukunft durch zukünftige Öllieferungen zurückgezahlt werden sollte. Dies verschaffte Rosneft einen finanziellen Spielraum und sicherte dem Händler Trafigura ein stabiles Ölvolumen zu einem im Voraus festgelegten Preis.

Doch die Beziehungen zur Schweiz wurden noch enger: Ende 2016 sicherte sich Glencore einen Anteil an Rosneft. Gemeinsam mit dem katarischen Staatsfonds QIA erwarb der Zuger Rohstoffriese 19,5 % der Anteile an dem Staatsunternehmen. Damit wurde Glencore neben den 50 % des Kremls und den 19,75 % des Ölkonzerns BP zum dritten Grossaktionär von Rosneft und hatte dadurch einen gesicherten Zugang zu etwa 220 000 Barrel Öl pro Tag.

Vor allem die Tatsache, dass es sich um eine gewagte Operation handelte, lässt aufhorchen. Glencore legte für die Aktien nur 300 Millionen Euro auf den Tisch, QIA hingegen 2,5 Milliarden US-Dollar, während die russische Bank VTB 11 Milliarden US-Dollar bereitstellte. Die VTB ist in den Händen des Kremls und steht heute unter Sanktionen; die 11 Milliarden sind der grösste Bankkredit, den je ein Schweizer Rohstoffhändler erhalten hat. Wladimir Putin schien mit dem Geschäft so zufrieden zu sein, dass er dem damaligen Glencore-Chef Ivan Glasenberg 2017 persönlich eine Auszeichnung verlieh. Im September 2018 wurden die 14 % der Aktien, die Glencore hielt, an eine Tochtergesellschaft von QIA verkauft; Glencore behielt noch einen Anteil von 0,57 %. Damit wurde eine weitere Phase dieses rätselhaften Deals besiegelt.

Auch in der Arktis ist die Schweiz dabei

Als Wladimir Putin im Oktober 2020 per Verordnung die Eroberung der im Eis des arktischen Festlandssockels eingeschlossenen Öl- und Gasvorkommen einleitete, war



Bohrplattform von Lukoil, dem grössten privaten Ölproduzenten Russlands, im Kaspischen Meer

© Maxim Shemetov/Reuters

es nur logisch, dass in der Schweiz ansässige Konzerne beim Projekt Vostok Oil mitmachten. Trafigura tätigte mit 7 Milliarden US-Dollar für 10 % der Anteile die grösste Investition in der Geschichte des Unternehmens, Vitol investierte im Rahmen eines Konsortiums halb so viel. Laut Reuters waren die Verhandlungen mit Gunvor und Glencore hingegen erfolglos verlaufen.

Für die Händler fossiler Brennstoffe ist das Projekt Vostok Oil verlockend, Denn Wladimir Putin hat grosse Pläne: Er will bis zu 150 Milliarden US-Dollar investieren sowie 15 Industriestädte und 800 Kilometer Pipelines bauen, um langfristig 2 Millionen Barrel pro Tag zu gewinnen und die Rivalen aus dem Nahen Osten und den USA auf dem Markt für schwarzes Gold endgültig zu verdrängen. All das ist der Klimaerwärmung zu verdanken, die den Rückgang des ewigen Eises verursacht.

Nur wenige Banken rissen sich um die Finanzierung dieses Geschäfts. Trafigura bestätigte lediglich, dass die Transaktion «grösstenteils durch langfristige Schulden» finanziert worden sei, ohne die Namen der Gläubiger zu nennen. Laut der Wirtschaftsnachrichtagentur Bloomberg streckte die russische Bank Credit Bank of Moscow dem Händler das Geld vor.

Stark exponierte Banken

Doch das Geschäft mit russischem Öl ist für die Banken von grosser Bedeutung. Laut Angaben des niederländischen Forschungsinstituts Profundo haben Credit

Suisse und UBS zwischen 2016 und 2021 gemeinsam mehr als 29 Milliarden US-Dollar an russische Öl- und Gasunternehmen geliehen. BNP Paribas, die ihre Genfer Abteilung für Rohstofffinanzierungen Ende 2020 geschlossen hat, engagiert sich im Geschäft mit russischem Öl und Gas im selben Zeitraum mit Krediten im Wert von annähernd 47 Milliarden US-Dollar. Die Genfer Privatbank Pictet hält Aktien im Wert von rund 508 Millionen US-Dollar von russischen Konzernen im Bereich fossile Energien; damit rangiert sie in Europa an dritter Stelle der entsprechenden Rangliste.

Doch seit dem Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar und der Übernahme des Sanktionspakets der EU durch die Schweiz sind die Banken zurückhaltender geworden. Auch wenn es nicht offiziell verboten ist, russisches Rohöl oder russische Ölprodukte zu kaufen, sind die Kredite plötzlich versiegt. «Die Banken haben sich klar geäussert, dass sie kein russisches Rohöl und keine Handelsströme aus Russland mehr finanzieren wollen», sagte Muriel Schwab, Finanzchefin von Gunvor, am Rohstoffgipfel in Lausanne.

Die Folge für die Branche: Es ist viel schwieriger geworden, Geschäfte zu finanzieren, eine Ladung zu garantieren, ein Schiff oder gar ein Terminal zu finden, um das Rohöl abzusetzen.

Der Kurs der von Credit Suisse gehandelten Anleihen von Gunvor, Glencore und Trafigura brach ein, wie das Finanznewsportal Inside Paradeplatz enthüllte.



Angestellter auf einer von Lukoil betriebenen Ölplattform im russischen Teil der Ostsee

Und die Handelsunternehmen sehen sich zunehmend mit Nachschussforderungen konfrontiert. In Zeiten schwankender Rohstoffpreise (der Preis für ein Barrel Brent schwankt derzeit je nach Verlauf des Kriegs in der Ukraine um mehrere Dutzend Prozentpunkte) können sich die Kosten für eine Rohölladung um das Doppelte erhöhen. Ebenso wie die Bargeldsummen, die von den Banken zur Absicherung der Transaktionen verlangt werden.

Nachschussforderungen als Alarmzeichen

Laut Bloomberg soll Trafigura angesichts der steigenden Preise unter milliardenschweren Nachschussforderungen gelitten haben und somit unter der Notwendigkeit, sich Liquidität zu verschaffen, um die Bestände seiner Frachter zu decken. Am 8. März gab der Händler bekannt, dass er von einem Bankenkonsortium einen Kredit in Höhe von 1,2 Milliarden Dollar (der am 23. März schliesslich auf 2,3 Milliarden Dollar aufgestockt wurde) aufgenommen habe, um der «extremen Schwankung in der Weltwirtschaft infolge der Krise in der Ukraine» zu begegnen. Trafigura soll laut Bloomberg auch mit privaten Investoren im Gespräch sein, die an einer Kapitalbeteiligung von 2 bis 3 Milliarden interessiert sind. Eine Premiere.

Während der internationale Druck auf das russische Öl zunehmend steigt, entledigte sich Trafigura Anfang März einer Ladung russischen Rohöls, indem sie einen Rabatt von mehr als 28 US-Dollar pro Barrel gegenüber dem Referenzstandard Brent gewährte.

Käufer war der Ölriese Shell, der als einer der ersten seinen Rückzug aus dem Russlandgeschäft angekündigt hatte. Er erntete öffentliche Kritik, entschuldigte sich und schwor schliesslich, kein russisches Öl mehr zu kaufen. Auch BP liess verlauten, dass es seine Käufe von russischem Öl auf dem Spotmarkt einstellen werde. Laut der Bloomberg-Journalistin Helen Robertson wird ein Barrel Öl der russischen Sorte Urals nun mit einem Abschlag von 31 Dollar verkauft. Litasco, die Genfer Tochter der russischen Lukoil, sucht weiterhin nach Abnehmern.

Auch die meisten Schweizer Händler scheinen ihre Verträge bis zum Ende einhalten zu wollen. Es sei denn, sie werden durch Sanktionen gegen russisches Öl daran gehindert. In den Gängen des Rohstoffgipfels von Lausanne ist ein unabwendbares Schicksal spürbar, auf das sich alle vorzubereiten scheinen. Der Berater Jean-François Lambert bringt die allgemeine Stimmungslage auf den Punkt: «Man kann nicht mit der linken Hand Stinger-Raketenwerfer liefern und mit der rechten Hand Öl und Gas kaufen.» ■



Weitere Infos zum Krieg in der Ukraine und den Forderungen von Public Eye:
www.publiceye.ch/ukraine



Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen mit russischen Geschäftsleuten im Moskauer Kreml am Tag der Invasion der Ukraine

© Alexei Nikolskiy/Keystone/Tass

Die Vertreibung der russischen Oligarchen aus dem Paradies

Seit mehr als drei Jahrzehnten wirkt die Schweiz wie ein Magnet auf russische Milliardäre, die Wladimir Putin nahestehen. Da sie sich in einem riskanten Umfeld bewegten, setzten sie auf die Schweizer Neutralität und erfreuten sich der lieblichen Landschaft sowie der Diskretion der angebotenen Dienstleistungen, insbesondere jener der Banken. Der Krieg in der Ukraine stellt nun alles in Frage. Nachdem Bern den Oligarchen lange den roten Teppich ausgerollt hat, schloss sich der Bundesrat nun den Sanktionen der Europäischen Union an und begann darauf die Jagd nach russischen Vermögenswerten.

AGATHE DUPARC UND GÉRALDINE VIRET

Es sind etwa 40 Milliardäre und Industriebosse, die sich im prunkvollen Katharinsaal des Kremls eingefunden haben, um zu hören, was der Präsident ihnen zu berichten hat. Leichenblass, mit zerknitterter Miene, trauen sie sich nicht, die Wurstbrote und Fleischpasteten anzurühren, die man ihnen als Snack zubereitet hat. Im Morgenrauen dieses 24. Februars marschierte die russische Armee in die Ukraine ein, um den slawischen Nachbarn zu «entnazifizieren» und zu «entmilitarisieren». Am Abend beruft Wladimir Putin die Wirtschaftsführer zu einem

Treffen hinter verschlossenen Türen ein, das bereits seit mehreren Wochen geplant war.

Im majestätischen Marmorsaal sitzt der Präsident etwa 15 Meter entfernt an seinem grossen weissen Schreibtisch und mustert die Männer mit Anzug und Krawatte. Die Tageszeitung Kommersant, die über das Treffen berichtet, stellt fest, dass er als Einziger nicht müde aussieht. Einige Tage zuvor hatte er in dieser Umgebung den französischen Präsidenten Macron empfangen und anschliessend in scharfem Ton eine im Fernse-

hen übertragene Sitzung des Sicherheitsrats geleitet, die zur Anerkennung der Unabhängigkeit der abtrünnigen Provinzen im Osten der Ukraine führte.

Trotz Sanktionen die Loyalität der Oligarchen sichern

Diesmal drang von diesem Treffen so gut wie nichts an die Öffentlichkeit. In seiner Einleitung wies Wladimir Putin darauf hin, dass das Treffen «leider» unter «zumindest ungewöhnlichen Umständen» stattfindet, und der Vorsitzende des Verbands der Industriellen und Unternehmer erklärte, dass «die russische Wirtschaft lernen muss, unter schwierigen Bedingungen und unter Berücksichtigung aller möglichen Einschränkungen zu arbeiten». Ein Euphemismus, um sich auf künftige Sanktionen vorzubereiten und sich die Loyalität der Oligarchen zu sichern, die die Hauptsponsoren von Putins kriegstreibendem Regime sind.

Zweifellos hat die kleine Kaste der Milliardäre schon einiges erlebt. In den 1990er-Jahren, unter der Herrschaft von Boris Jelzin, verfügten einige der Gäste im Kreml bereits über riesige Vermögen in strategischen Sektoren wie fossile Brennstoffe, Metalle, Düngemittel und Bankwesen. Sie haben die wilden Privatisierungen überlebt, die von Enteignungen und mafiosen Abrechnungen geprägt waren. Der unverwüstliche Wladimir Potanin, Hauptaktionär des Giganten Norilsk Nickel (Norinickel) – dessen Handelsgesellschaft ihren Sitz in Zug hat – war damals bereits mit von der Partie, aber auch Piotr Aven, Gründer der Alpha Bank, Russlands grösster Privatbank. Beide gehörten zu einem kleinen Zirkel – den sogenannten «sieben Bankiers» –, der im Kreml den Ton angab. Als Geldgeber für einen Staat, der kurz vor dem Bankrott stand, erhielten sie im Gegenzug vergünstigte Aktien der lukrativsten Unternehmen des Landes.

Sie waren es auch, die die Operation «Thronfolger» vorantrieben hatten, die darin bestand, einen Nachfolger für Präsident Jelzin zu finden, dessen Arterien vom Wodka zerfressen waren. Doch als er erst einmal auf dem Thron sass, erwies sich der als gefügig geltende KGB-Offizier Wladimir Putin als unabhängiger und rachsüchtiger als erwartet. Nach und nach wurde seine Botschaft an die Oligarchen klar: Haltet Abstand von der Politik und beugt euch der «Machtvertikale», indem ihr euer Vermögen über Wohltätigkeitsfonds oder zur Finanzierung dieses oder jenes Programms den Herrschern zur Verfügung stellt. Im Gegenzug garantierte das Regime den Zugang zu staatlichen Aufträgen und die Möglichkeit, sich weiterhin mit fragwürdigen Methoden zu bereichern.

Die Oligarchen mussten tatenlos zusehen, wie Boris Berezowski, einer der ihren und Meister der Palastintrigen, nach London ins Exil geschickt wurde, wo er einige Jahre später in seinem Badezimmer Selbstmord beging. Dann wurde 2003 der Ölmagnat Michail Chodor-

kowski verhaftet und sein Ölimperium Yukos zerschlagen, was neue Oligarchen reich machte.

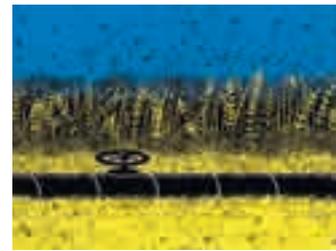
Schliesslich begannen Wladimir Putins ehemalige Genossen und Partner aus St. Petersburg aufzutauchen. Viele von ihnen haben den Geheimdienst durchlaufen, lieben Judo und patriotische Reden über die Überlegenheit christlicher Werte und die Grösse Russlands – und sind in wenigen Jahren Milliardäre geworden. Der berühmteste unter ihnen ist Gennadi Timtschenko. Der ehemalige Trader in einer Ölraffinerie in St. Petersburg war der Öffentlichkeit völlig unbekannt, als er Anfang der 2000er-Jahre mit seiner Frau und seinen zwei Töchtern nach Coligny an den Genfersee zog. Der erste Artikel über ihn in der Schweiz erschien 2003 im Westschweizer Magazin «L'Hebdo». Im Internet fand man damals keine Bilder von ihm. Fünf Jahre später war sein in Genf ansässiger Ölhandelskonzern Gunvor weltberühmt und exportierte fast ein Viertel des russischen Rohöls.

Eine Welt bricht zusammen

Der Krieg in der Ukraine erschüttert dieses oligarchische System, das Russland zu einem der Länder macht, in denen der Reichtum extrem ungerecht verteilt ist: 1% der Bevölkerung kontrolliert mehr als 74,5% der Vermögen. Veteranen aus der Jelzin-Ära oder neuere Kumpane des Präsidenten werden jetzt alle als Unterstützer von Putins Krieg identifiziert. «Es reicht fast schon, Putin die Hand geschüttelt zu haben, um auf den Index zu kommen», erklärt ein Kenner dieser Kreise in Genf. Seit der ersten Salve wurden die Sanktionen immer weiter ausgeweitet und betreffen nun ganze Familien: Kinder, Ehefrauen, Schwiegersöhne usw.

Nach der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 hatten die USA und in geringerem Masse auch die Europäische Union (EU) die Oligarchen, die Wladimir Putin am nächsten standen, mit Sanktionen belegt. Die Schweiz, die sich hinter ihrer Neutralität und ihrer Tradition der «Guten Dienste» verschanzt hatte, war damals nicht gefolgt und hatte sich geweigert, gegen diese Milliardäre vorzugehen, die alpine Landschaften, luxuriöse Immobilien, exklusive Privatschulen und die sprichwörtliche Diskretion der hiesigen Banken so sehr lieben.

Diese schuldhaft abwartende Haltung wurde nun erschüttert, als Raketen auf die ukrainische Bevölkerung abgefeuert wurden. Am 28. Februar kündigte der Bundesrat an, alle EU-Sanktionen zu übernehmen, die sich bislang (30. März 2022) gegen 62 juristische Personen und über 874 Einzelpersonen richten, darunter Wladimir Putin, seine Minister, fast alle Abgeordneten der Duma, pro-russische Beamte aus Donezk und Luhansk sowie eine Reihe schwerreicher Geschäftsleute. →





Oligarch Boris Beresowski 2012 in London



Putin und sein Amtsvorgänger Boris Jelzin

Die Entscheidung des Bundesrats wurde im Ausland weithin begrüsst. In der Schweiz hat SVP-Übervater Christoph Blocher einmal mehr sein Gespür für subtile Rhetorik zur Schau gestellt: «Die Schweiz ist im Krieg!» Doch abgesehen von diesem Gehabe im Namen der Neutralität mit weissem Kreuz rückt die Tragödie, die sich heute in Europa abspielt, einen Kampf in den Vordergrund, den die Schweiz nicht wirklich führen will: den Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität. Seit drei Jahrzehnten dient die Schweiz (neben London) als Rückzugsort für mehrere Generationen von Oligarchen, die dem Kreml nahestehen und von Gesetzeslücken profitieren, die zweifelhafte Praktiken erleichtern. Für die Bataillone von Rechtsanwält*innen, Banker*innen, Steuerexpert*innen, Immobilienmakler*innen, Treuhänder*innen, Juwelier*innen und Uhrenhändler*innen, die in den Diensten dieser Milliardäre und ihrer Familien standen, bricht eine Welt zusammen.

Die Bankiervereinigung schätzt, dass in Schweizer Banken russische Vermögenswerte in der Höhe von 150 bis 200 Milliarden Schweizer Franken lagern. Eine Zahl, die glaubwürdiger ist als die 10,4 Milliarden US-Dollar, die die Nationalbank 2020 publik machte. «Die grossen Oligarchen haben oft die doppelte Staatsangehörigkeit. Wenn man lediglich die Vermögenswerte mit dem Stempel «russisch» betrachtet, ergibt das nur einen kleinen Teil ihres Vermögens», erklärt ein in Genf ansässiger russischer Anwalt. Am Donnerstag, dem 24. März, gab das SECO bekannt, russisches Vermögen im Wert von 5,75 Milliarden Franken eingefroren zu haben, darunter auch Immobilien. Zum Vergleich: Bisher wurden in Frankreich und Luxemburg 850 Millionen Euro bzw. 2,5 Milliarden Euro an russischen Vermögenswerten eingefroren. Das ist kaum ein Zeichen für einen besonders grossen Eifer der Schweiz; schon eher deutet es darauf hin, dass hierzulande besonders viel russisches Vermögen liegt.

Die Verfolgung ist schwierig. Aus diesem Grund haben die USA und die EU eine spezielle Ermittlungs-

gruppe eingerichtet. Russische Grossvermögende haben in der Tat mehr als einen Trick im Ärmel, um ihre Vermögenswerte zu verbergen: Strohleute; komplexe Unternehmenskonstrukte über Briefkastenfirmen, die in Steuerparadiesen registriert sind; Trusts und Stiftungen. Diese Techniken, die von Schweizer Rechtsanwält*innen schlüsselfertig verkauft werden, werden es zweifellos einigen Oligarchen ermöglichen, den Sanktionen zu entgehen.

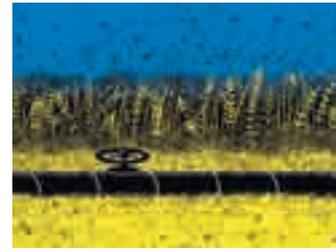
Einige Oligarchen haben bereits reagiert

An Anzeichen dafür fehlt es nicht. Mehrere der ins Visier genommenen Milliardäre haben bekannt gegeben, dass sie ihr Kapital abgestossen haben. Andrey Melnichenko, der seit einigen Jahren in St. Moritz ansässig ist, gibt an, keine Anteile mehr an dem Kohleriesen SUEK und dem Düngemittelhersteller Eurochem zu besitzen. Über die neuen Eigentümer liegen derzeit keine Informationen vor. Eine Art Rückfall in die 1990er-Jahre, als es während der wilden Privatisierungen schwierig bis unmöglich war, herauszufinden, wem die grössten Unternehmen Russlands gehörten.

Drei Wochen, nachdem Putin seine Oligarchen auf Linie gebracht hatte, war am 19. März auf dem Bundesplatz in Bern eine Woge der Solidarität zu spüren, als Wolodimir Selenski sich per Bildschirm an das Schweizer Volk wandte. Die Schweiz, ein Paradies für direkte Demokratie, sei ein Vorbild für die Ukraine. Die Schweiz sei aber auch ein Zufluchtsort für «das Geld aller, die diesen Krieg angezettelt haben», kritisierte der ukrainische Präsident.

Zu Recht. Putins Oligarchen sind das aktuellste Beispiel für ein Modell der wirtschaftlichen Entwicklung, das darauf beruht, reichen Individuen aus Ländern, in denen Korruption weit verbreitet ist, Zuflucht zu gewähren. Doch angesichts dieses Kriegs und seiner dramatischen Konsequenzen könnte für die Schweiz die Stunde der Abrechnung oder der Reformen geschlagen haben. ■

Wie die Schweiz die drohende Ernährungskrise instrumentalisiert



Die russische Invasion in der Ukraine lässt die Preise für Agrarrohstoffe und Lebensmittel explodieren. Besonders Ländern, die von ukrainischen und russischen Exporten abhängig sind, droht eine Hungerkrise. Diese reale Bedrohung verwendet der Bundesrat nun als Argument, um Sanktionen gegen den Rohstoffhandel zu verhindern. Bis anhin hielt sich die Besorgnis der Schweiz um die globale Ernährungssicherheit in Grenzen. Dabei käme ihr als grösster Agrarhandelsplatz weltweit hier tatsächlich eine grosse Verantwortung zu.

SILVIE LANG

Die Ukraine ist die Kornkammer Europas: 15 % der Mais- und 10 % der weltweiten Weizenexporte stammen von dort. Zudem stammen an die 50 % des weltweit gehandelten Sonnenblumenöls aus der Ukraine. Auch Russland ist ein wichtiger Akteur im globalen Agrarhandel und mit einem Marktanteil von 20 % grösster Weizenexporteur. Gemeinsam kommen die beiden Länder auf knapp einen Drittel der Weizenexporte. Diese Konzentration ist enorm – eine Seltenheit ist sie allerdings nicht. Auch bei anderen Rohstoffen konzentrieren sich Produktion und Export auf wenige Länder. Beim Mais haben die vier grössten Exporteure – die USA, Argentinien, Brasilien

und die Ukraine – einen Marktanteil von knapp 80 %. Eine derartige Konzentration kann bei Produktions- oder Exportausfällen drastische Konsequenzen haben.

In den Getreidesilos der Ukraine lagert zwar noch die letztjährige Ernte, aber da der Krieg den Inlandtransport und den Export aus den Häfen lahmgelegt hat, sind die Lieferketten unterbrochen. Zudem hat das Land Exportverbote oder -restriktionen ausgesprochen, um die eigene Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Auch der Nachschub ist gefährdet. Im Frühling müsste das Sommergetreide ausgesät werden, es fehlt jedoch an Arbeitskräften. Unzählige Ukrainer*innen, weitgehend



Ein ukrainischer Panzer in der Nähe von Donezk in Donbass während des Krimkonflikts 2014

Männer, wurden über Nacht zu Kämpfern. Viele Felder sind zudem nicht bestellbar, da sie von russischen Panzern zerstört oder vermint wurden. Im Sommer stünde die Ernte des Winterweizens an – auch diese ist bedroht.

Ernährungssicherheit auf Jahre hinaus gefährdet

Mit einer raschen Erholung der globalen Versorgungssicherheit bei Nahrungsmitteln ist auch bei sofortigem Kriegsende nicht zu rechnen, zumal auch die russischen Getreideexporte eingebrochen sind. Finanzinstitute wollen den Agrarhandel mit Russland nicht mehr finanzieren und Logistikfirmen sind aufgrund der sicherheitspolitischen Lage nicht willens, aus russischen Häfen zu exportieren. Zudem hat Russland selbst Exportbeschränkungen für Agrarprodukte erlassen, um wiederum seine Versorgungssicherheit zu erhalten. Auf die durchschnittlich 8 Milliarden US-Dollar pro Jahr aus dem Weizenexport wird Russland mit Blick auf die Selbstversorgung verzichten können. Die Exporte von Öl und Gas sind mit jährlich etwa 200 Milliarden US-Dollar hingegen unentbehrlich für die Kriegskasse.

Die faule Ausrede der Schweiz

Umso dringlicher wäre es jetzt, dass sich die internationale Staatengemeinschaft zu Sanktionen gegen den Rohstoffhandel durchringen kann. Doch die Schweiz hat daran als grösster Handelsplatz für russisches Öl und Gas wenig Interesse und schiebt die drohende globale Ernährungskrise als Ausrede vor. So sagte Wirtschaftsminister Guy Parmelin Mitte März dem Blick, bei Sanktionen gegen den Rohstoffhandel sei Vorsicht geboten, denn dem Nahen Osten drohe Hunger und Destabilisierung. In der Tat lassen die Verknappung der Getreideexporte und die gestiegenen Öl- und Gaspreise die Preise für Lebensmittel massiv in die Höhe steigen. Diese befinden sich aktuell auf dem höchsten Stand seit über zehn Jahren. Gleichzeitig schwanken die Preise pro Tag auf hohem Niveau, was die Spekulation antreibt. Der letzte massive Anstieg der Lebensmittelpreise war denn auch einer der Auslöser für den Arabischen Frühling sowie für die Bürgerkriege in Libyen und Syrien.

Dramatische Konsequenzen für die globale Ernährungssicherheit drohen auch jetzt – so weit hat der Wirtschaftsminister Recht. Ägypten bezieht über 85 % seines Weizens aus Russland und der Ukraine. Qatar, Benin oder Ruanda sind beim Weizenimport praktisch komplett von Russland, andere Länder wie der Libanon, Libyen, Tunesien oder Bangladesch zu grossen Teilen von der Ukraine abhängig. Die Lebensmittelpreise waren jedoch bereits vor der russischen Invasion in der Ukraine – und somit vor jeglichen Sanktionen – wegen schlechter Ernten und Lieferengpässen während der Coronakrise gestiegen. Und da hielt sich die Besorgnis der offiziellen Schweiz noch in Grenzen, war doch ihr Kerngeschäft –

der Rohstoffhandel – nicht bedroht. Zudem dürfte der russische Getreidehandel aus oben genannten Gründen ohnehin bald zum Erliegen kommen – auch ohne Sanktionen gegen den Rohstoffsektor.

Die Ausrede der Schweiz können wir demnach nicht gelten lassen, denn die dramatischen Konsequenzen für importabhängige Länder sind bereits Realität. Als grösste Drehscheibe für den Handel mit russischem Öl und Gas steht die Schweiz im Gegenteil besonders in der Verantwortung. Sie muss sich dafür einsetzen, dass die EU schnellstmöglich Sanktionen gegen den Handel mit Öl und Gas ausspricht – und diese dann unverzüglich übernehmen. Parallel dazu muss sich die Schweiz zudem gemeinsam mit den sanktionierenden Ländern dafür einsetzen, dass die von Ernährungsunsicherheit besonders bedrohten Staaten bei ihrer Versorgung logistisch und finanziell unterstützt werden. Mitte März kündigte UNO-Generalsekretär António Guterres an, eine «Global Crisis Response Group on Food, Energy and Finance» ins Leben zu rufen. Die Schweiz sollte sich unverzüglich solidarisch zeigen und sich massgeblich daran beteiligen.

Schon jetzt müssen in zahlreichen Ländern Getreidereserven aufgebraucht und Lebensmittel stark subventioniert werden.

Das ist sie den betroffenen Ländern als weltgrösste Rohstoffdrehscheibe und als Zufluchtsort für russische Oligarchen und ihre Vermögen schuldig. Die vielbemühte «Globalität der Märkte» nützt den importabhängigen Ländern nämlich herzlich wenig, denn diese Sichtweise blendet Unterschiede in Bezug auf Verhandlungsmacht und Kaufkraft komplett aus. Während finanzstärkere Länder auf Getreide aus anderen Regionen ausweichen, können weniger kaufkräftige Länder die benötigten Mengen nicht so leicht ersetzen. Schon jetzt müssen in zahlreichen Ländern Getreidereserven aufgebraucht und Lebensmittel stark subventioniert werden. Ohne baldige Erholung der Preise ist die Ernährungssicherheit vieler Länder massiv bedroht.

Weltgrösster Handelsplatz für Getreide aus der Schwarzmeerregion

Der Schweiz kommt hier als wichtigstem Handelsplatz für Getreide eine weitere, zentrale Rolle zu. Die weltweit grössten Agrarhändler Cargill, ADM, Bunge und Louis Dreyfus, die Schätzungen zufolge – genaue Zahlen gibt es nicht – zwischen 70 und 90 % des weltweiten Getreidehandels kontrollieren, haben allesamt ihre Handelsabteilungen hierzulande. Vor allem der Handel

mit Getreide aus der Schwarzmeerregion läuft über ihre Schweizer Büros, was unser Land zum grössten Handels- hub von ukrainischem und russischem Getreide macht. Die Trader handeln jedoch nicht nur mit Getreide, sie betreiben auch Verarbeitungsanlagen, Lager und Hafenterminals in Russland – teils gemeinsam mit russischen Firmen. Viterra, die ehemalige Agrarsparte von Glencore, an der letztere nach wie vor 49,9 % hält, soll der Händler mit den grössten Vermögenswerten in Russland sein. Das Getreideterminale im Hafen von Taman teilt sie sich mit der unter Sanktionen stehenden russischen Bank VTB.

Intransparente und zögerliche Schweizer Händler

Wie hoch die Investitionen und Umsätze der Schweizer Agrarhändler in Russland tatsächlich sind, ist nicht bekannt. Cargill beispielsweise hatte gemäss der Nachrichtenagentur Reuters Details zum Geschäft in Russland und der Ukraine Mitte März von der Webseite entfernt. Auch eine offizielle Positionierung der Händler zur russischen Invasion in der Ukraine sucht man teilweise immer noch vergeblich. Die Relevanz des russischen Markts für ihr Geschäft und der fehlende Druck der Öffentlichkeit auf die eher im Hintergrund agierenden Trader dürften der Grund für ihre zögerliche Haltung sein. Erst Mitte März hatten sich diese zu einer teilweisen Einstellung ihrer Geschäftstätigkeiten in Russland durchgerungen, und dies wohl eher aufgrund der sehr schwierigen Bedingungen als aus freien Stücken.

Auch die Händler schieben, genau wie die Schweiz, die Hungerkrise als Grund für ihre Untätigkeit vor. So liess Cargill via Reuters verlauten, «Nahrung ist ein Menschenrecht und sollte nie als Waffe verwendet werden». Dem kann im Grundsatz eigentlich nur zugestimmt werden. Wenn der Absender dieser Botschaft der weltgrösste Agrarhändler ist, der während der Coronapandemie den grössten Profit in der 156-jährigen

Firmengeschichte eingefahren hat, während die Zahl der Hungernden gleichzeitig um 100 Millionen zugenommen hat, muss die gute Absicht hinter solchen Aussagen allerdings infrage gestellt werden. Da muten auch die von Cargill in Aussicht gestellten 5 Millionen US-Dollar zynisch an, die der Händler unter anderem an das World Food Programme spenden will, das wiederum 70 % des verteilten Getreides aus der Ukraine bezieht. Gemessen an den knapp 5 Milliarden US-Dollar Reingewinn im Jahr 2021 ist das ein Klacks.

Angesichts der zentralen Position der Schweizer Trader in unserem globalen Ernährungssystem sind ihr Zögern und Schweigen unhaltbar. Die Agrarhändler hätten schon längst Transparenz darüber schaffen müssen, inwiefern sie noch in Russland und mit russischen Unternehmen operieren und wie sie sich zur russischen Invasion positionieren. Bei Geschäftstätigkeiten in und mit Ländern, die sich in kriegerischen Auseinandersetzungen befinden, braucht es zudem zwingend eine verstärkte Sorgfaltsprüfung, um den Respekt der Menschenrechte sicherzustellen und zu verhindern, dem russischen Regime wirtschaftlich und innenpolitisch in die Hände zu spielen. Im Falle eines Rückzugs müssen die Unternehmen zudem Massnahmen ergreifen, um die unmittelbaren negativen Auswirkungen für ihre Beschäftigten vor Ort zu mildern. Nicht zuletzt müssen die Agrarhändler ebenfalls einen Beitrag zur globalen Ernährungssicherheit leisten. So dürfen sie die Volatilität der Preise nicht ausnutzen, um diese durch Spekulation noch weiter in die Höhe zu treiben.

Die nächsten Monate werden zeigen, ob die Rohstoffdrehscheibe Schweiz und ihre Händler ihren (spärlichen) Worten auch Taten folgen lassen und ob sie die globale Ernährungssicherheit höher gewichten als ihre unmittelbaren Geschäftsinteressen. Die Vergangenheit gibt wenig Grund zur Hoffnung. ■



Ernährungssicherheit bedroht: Händler in Bagdad vor Säcken mit importiertem Weizenmehl

Die hohen Korruptionsrisiken bei Pharmakonzernen angehen

Handeln Pharmakonzerne korrupt, gefährden sie das Menschenrecht auf Gesundheit und schwächen die Gesellschaft. Doch viele Korruptionsrisiken sind gar nicht als solche reguliert. Public Eye hat zu den entsprechenden Praktiken eine Studie in Auftrag gegeben und fordert, dass diese als Korruptionsrisiken und Korruption erfasst und reguliert werden.

GABRIELA HERTIG

Novartis hat jahrelang und tausendfach im Rahmen von angeblichen Fortbildungsanlässen Ärzt*innen grosszügig verköstigt und honoriert, um sie zur Verschreibung von Novartis-Medikamenten zu bringen. Um diese Bestechungsvorwürfe ad acta legen zu können, willigte der Basler Pharmakonzern 2020 in den USA aussergerichtlich in Vergleichszahlungen von insgesamt 936 Millionen US-Dollar ein. In den Deals übernahm Novartis die Verantwortung für zahlreiche Anschuldigungen, verpflichtete sich zu einem integren Verhalten und strikten Kontrollen sowie dazu, seine Veranstaltungen zurückzufahren.

Novartis ist kein Einzelfall – Korruption ist in der Wirtschaft weitverbreitet. Damit bereichern sich einerseits Konzerne und Einzelpersonen unrechtmässig, andererseits untergraben sie damit rechtsstaatliche und demokratische Strukturen. Handeln Pharmakonzerne korrupt, verhindern sie die Erfüllung des Menschenrechts auf Gesundheit für alle und schwächen die Gesellschaft.

Transparency International definiert Korruption als den Missbrauch anvertrauter Macht zu privatem Nutzen. Während Korruption in verschiedenen Organisationen, Sektoren, regionalen und nationalen

Kontexten unterschiedlich definiert wird, besteht ein Unterschied darin, was rechtlich geahndet werden kann und wo illegitime Praktiken nicht Gegenstand der Gesetzgebung oder nicht einmal der politischen Diskussion sind. Das Schweizer Strafrecht erfasst Korruption nur als Bestechung, inklusive schwächerer Formen wie die Vergabe oder Annahme von Vorteilen. Korruption schliesst jedoch auch weitere Verhaltensweisen ein und ist oft komplex und anpassungsfähig. Deshalb braucht es zur effektiven Korruptionsbekämpfung zusätzlich zur Bestrafung auch Prävention. Mit einer grossen Kampagne hat Public Eye 2021 aufgezeigt, wo die Schweiz ihre Geldwäschereigesetzgebung anpassen muss, um Korruption und Geldwäscherei im Finanz- und Treuhandbereich wirkungsvoll zu bekämpfen.

Auch im Pharmasektor gibt es grossen Anpassungsbedarf. Es gibt korrupte Praktiken, die in gewissen nationalen Gesetzgebungen geahndet und verurteilt werden können. Der oben beschriebene Fall von Novartis steht für eine ganze Reihe von ähnlich gelagerten Fällen, in denen Pharmakonzerne mit Millionenbussen bestraft worden sind, weil sie medizinisches Personal bestochen haben, damit dieses unnötige oder teure Medikamente verschreibt.

Grosse Abhängigkeit von den Pharmakonzernen

Gleichzeitig gibt es Korruptionsrisiken im Pharmasektor, die meist nicht als solche diskutiert, geschweige denn reguliert werden. Die Pharmakonzerne kontrollieren die Medikamentenversorgung und damit einen essenziellen Bestandteil des Menschenrechts auf Gesundheit. Das heutige Innovationssystem mit den geistigen Eigentumsrechten und der Monopolstellung von Pharmakonzernen sowie der fehlenden Transparenz schafft ein Machtungleichgewicht.

Dies erlaubt den Konzernen, immer höhere Preise für ihre Medikamente zu verlangen. Das ist schon lange ein Problem für einkommensärmere Länder, und der ungleiche Zugang zu Diagnostika, Impfungen und Behandlungen in der Covid-19-Krise hat dies leider einmal

Die Studie

Dieser Artikel basiert auf einer Studie, die Sarah Steingrüber 2021 für Public Eye zu den Korruptionsrisiken im Pharmabereich gemacht hat. Sie ist eine unabhängige Experte für globale Gesundheit und Korruption und arbeitet von Berlin aus. Die Autorin hat die Schnittstelle zwischen Pharmasektor und Gesundheitssystemen analysiert und basierend auf existierenden Korruptionstypologien herausgearbeitet, welche spezifischen Risiken sich ergeben, die den Zugang zu Medikamenten und die Erfüllung des Menschenrechts auf Gesundheit für alle behindern.

mehr gezeigt. Gleichzeitig sind steigende Medikamentenkosten auch in reicheren Ländern ein immer grösseres Problem. In der Schweiz sorgen die Medikamente für fast einen Viertel der totalen Gesundheitskosten. Dem gegenüber steht eine der profitabelsten Industrien weltweit – und die Schweizer Pharmariesen Roche und Novartis sind da ganz vorne mit dabei.

Nicht nur nutzen Pharmakonzerne das aktuelle System aus, durch ihren Einfluss auf die Gesetzgebung und die Regulierungsbehörden stellen sie auch den Fortbestand dessen sicher. Vor dem Hintergrund der Abhängigkeiten vom Sektor und fehlender Regulierung durch den Staat ergeben sich massive Korruptionsrisiken an diversen Schnittstellen der Industrie mit der Wissenschaft, den Regierungs- und Zulassungsbehörden, den Krankenversicherern, Ärzt*innen und Patient*innen; dies ist das Resultat einer von Public Eye in Auftrag gegebenen Studie (siehe Box Seite links). Die meisten dieser Praktiken sind legal. Ihnen gemeinsam ist aber, dass sie den Zugang zu Medikamenten und damit zur Erfüllung des Rechts auf Gesundheit für alle Menschen überall auf der Welt gefährden. Sie müssen deshalb als Korruptionsrisiken und Korruption erfasst und reguliert werden.



EINFLUSS AUF MEDIZIN-STUDIENDE UND MEDIZINISCHES PERSONAL

Risikobereich: Bereits Medizinstudierende interagieren in ihrer Ausbildung regelmässig mit der Pharmaindustrie, und für Ärzt*innen ist es Teil der täglichen Arbeit. Pharmakonzerne präsentieren ihre Produkte und Ärzt*innen beurteilen und empfehlen diese. Klinische Studien erfolgen in enger Zusammenarbeit zwischen Spitälern und Konzernen, und die Industrie organisiert und sponsert Konferenzen und Weiterbildungen. Umfragen bei Studierenden und Ärzt*innen zeigen, dass wenig Bewusstsein für das Ausmass der Einflussnahme auf ihr Verhalten besteht und die Interaktionen für Patient*innen und das Gesundheitssystem ein Nachteil sein können.

Korruptionsrisiken: Die Evidenz zeigt, dass mehr Interaktionen und Einflussnahme dazu führen, dass beispielsweise mehr patentierte und teurere Produkte verschrieben werden anstelle von Alternativen, welche wirksamer, besser geeignet oder günstiger wären. Explizite Absprachen und Provisionen für die unnötige Verschreibung von Produkten oder die systematische Bevorzugung eines Produkts ohne solide wissenschaftliche Grundlage führten in den letzten Jahren zu Verurteilungen und hohen Geldbussen für die Industrie.



EINFLUSS AUF DIE SOZIAL-VERSICHERUNG UND PRIVATE VERSICHERER

Risikobereich: Heute ist allgemein bekannt, dass die Industrie einen grossen Einfluss auf medizinisches Personal hat. Weniger offensichtlich ist, dass die Pharmakonzerne auch staatliche und private Versicherungsprogramme beeinflussen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass es einen Unterschied macht, ob es eine staatliche Versicherung gibt oder die Krankenversicherung über das Anstellungsverhältnis beziehungsweise privat geregelt werden muss.

Korruptionsrisiken: Bekannt ist Korruption in Form von Zahlungen an private Versicherer in den USA, damit diese ein patentiertes und teures Medikament auf der Liste der vergüteten Arzneimittel lassen, obwohl es wirksamere oder günstigere Alternativen gibt. In der Schweiz verhandeln die Pharmakonzerne meist nicht direkt mit den Versicherern, sondern mit dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) über den Preis und die Aufnahme in die sogenannte Spezialitätenliste, welche alle rückvergüteten Medikamente umfasst. In diesem Fall ist insbesondere das bereits bestehende, auf den Patenten basierende Machtungleichgewicht zwischen den Behörden und den von der Monopolstellung und Preissetzungsmacht profitierenden Pharmakonzernen problematisch.



EINFLUSS AUF PATIENT*INNEN-ORGANISATIONEN

Risikobereich: Von Krankheiten Betroffene und ihre Angehörigen setzen sich dafür ein, dass es mehr Studien zum Vorkommen und den Ursachen, insbesondere aber zu den Behandlungsmöglichkeiten für ihr Leiden gibt. Der Zusammenschluss zu Organisationen ermöglicht Betroffenen, Gehör in der Öffentlichkeit und der Politik zu finden und Einfluss darauf zu nehmen, was erforscht, entwickelt und zugelassen wird. Viele Patient*innenorganisationen werden von Pharmakonzernen finanziell unterstützt; oft sind die Gelder der Pharma ihre wichtigste Einnahmequelle.

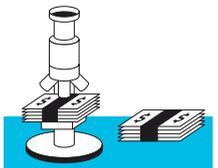
Korruptionsrisiken: Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen 20 und 80% der Gelder von Patient*innenorganisationen von der Industrie stammen. Oft werden diese Beiträge nicht transparent ausgewiesen. Studien haben gezeigt, dass dieses Sponsoring zu Interessenskonflikten führt und dass die Organisationen in der Öffentlichkeit und bei politischen Prozessen tendenziell Positionen zugunsten der Industrie beziehen. →



EINFLUSS AUF DIE ZULASSUNGS- BEHÖRDEN

Risikobereich: Zulassungsbehörden wie Swissmedic oder die Europäische Arzneimittel-Agentur beurteilen die Sicherheit und Wirksamkeit von Arzneimitteln, bevor diese auf den Markt kommen. Die fehlende Transparenz in Bezug auf die Resultate der klinischen Versuche bedeutet aber, dass die Behörden die Produkte vor der Zulassung unter Umständen nicht angemessen überprüfen können. Gleichzeitig sind die Zulassungsbehörden finanziell stark von Pharmakonzernen abhängig.

Korruptionsrisiken: Viele Zulassungsbehörden sind grösstenteils durch die Pharmaindustrie finanziert. Swissmedic etwa erhält über 80% seiner Einnahmen durch Gebühren, welche die Konzerne für die Überprüfung der Zulassungsdossiers bezahlen, und betrachtet diese deshalb als ihre Kunden. Dieser Missstand ist ein Interessenskonflikt, sollte es doch die Aufgabe der Behörde sein, die Konzerne zu überwachen, anstatt zu deren Diensten zu stehen. Ein ebenso grosses Risiko für die unabhängige Zulassung und Überwachung von Arzneimitteln ist der Stellenwechsel von einer Aufsichtsbehörde in die Industrie oder zu Anwalts- oder Beratungsbüros – insbesondere, wenn dieser ohne Karenzfrist erfolgt (siehe Box rechts «Zwei Fallbeispiele»).



EINFLUSS AUF FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Risikobereich: Forschung an öffentlich finanzierten Universitäten und Forschungsinstituten ist essenziell für medizinische Innovation. Ist eine Entwicklung vielversprechend, werden Start-ups gegründet, um die Suche nach Geldgeber*innen, sogenanntem Venture Capital (Risikokapital), für die weitere Forschung zu erleichtern. Auch in diesem Kapital können beträchtliche öffentliche Gelder stecken. Getrieben von der Spekulation über den zukünftigen Wert dieser Entwicklungen übernehmen dann Pharmakonzerne insbesondere die Durchführung der klinischen Versuche und die Marktzulassungsgesuche. In den meisten Ländern, so auch in der Schweiz, fehlen Mechanismen, welche die massiven öffentlichen Investitionen in der Preisgestaltung berücksichtigen. So ist es für die Konzerne aufgrund ihrer Monopolstellung ein Leichtes, die Profite zu privatisieren.

Korruptionsrisiken: Die zentrale Stellung, die Infrastruktur und ihre finanziellen Möglichkeiten ermöglichen den

Pharmakonzernen, Forschung und Entwicklung entsprechend ihrer Profitaussichten zu beeinflussen. Sie investieren in Medikamente, welche für lange Zeit verschrieben werden müssen und die für zahlungskräftige Patient*innen sowie in reicheren Ländern relevant sind. Gleichzeitig gibt es nur minimale Transparenzvorschriften zur Durchführung und Publikation der kompletten Ergebnisse aller klinischen Studien. Während die EU seit diesem Jahr eine bedeutende Gesetzesänderung für mehr Transparenz umgesetzt hat, hinkt die Schweiz weiterhin hinterher. Das führt dazu, dass Pharmakonzerne absichtlich Daten zurückhalten können, um die Zulassungsbehörden bezüglich der Vorteile einer Behandlung zu täuschen. Einer der bekanntesten Fälle eines solchen Missbrauchs spielte sich beim Grippemittel Tamiflu von Roche ab.



EINFLUSS AUF GESETZGEBUNG UND REGIERUNG

Risikobereich: Durch Einfluss auf das Parlament und die Regierung gelingt es den Pharmakonzernen, das Umfeld und die Regeln, in denen sie sich bewegen, so zu beeinflussen, dass es der Maximierung ihrer Profite dient. Diese Einflussnahme und die fehlende Transparenz darüber verhindern ein Problembewusstsein über Korruptionsrisiken generell und verunmöglichen wirksame Regulierung im Sinne der öffentlichen Gesundheit. Während der Pharmasektor zwar stark reguliert ist, nützt diese Regulierung vor allem der Industrie, was je nach Kontext damit gerechtfertigt wird, dass die Industrie essenziell sei für die Entwicklung innovativer Produkte, die Steuereinnahmen oder die Arbeitsplätze. Dabei wird vergessen, dass die Pharmakonzerne nicht in erster Linie diejenigen Medikamente entwickeln, welche den grössten Nutzen für die öffentliche Gesundheit bringen, die Unternehmen von beträchtlichen staatlichen Investitionen und Steuererleichterungen profitieren und Arbeitsplätze nicht an riesige Profite gebunden sind.

Korruptionsrisiken: Lobbying ist ein anerkannter Mechanismus, mit dem Interessenvertreter*innen Einfluss auf den politischen Prozess nehmen. Auch Public Eye betreibt Lobbying. Die riesigen Summen, welche die Pharmaindustrie dafür ausgeben kann, ermöglichen zusammen mit der fehlenden Transparenz jedoch den Missbrauch von Lobbying und einen disproportionalen Einfluss der Industrie auf Gesetzgebung und Regierung. Mit 11 Millionen respektive 7 Millionen US-Dollar im Jahr 2021 geben die Schweizer Pharmakonzerne Roche und Novartis in den USA, dem mit Abstand lukrativsten Markt, riesige Summen für Lobbying aus.

Korruption in Form von direkter Bestechung (siehe «Gut geschmiert ist halb gewonnen» in der Box unten), aber auch das Platzieren von Falschinformationen oder das Versprechen zukünftiger Anstellungsverhältnisse in der lukrativen Industrie sind offensichtlichere Fälle des Missbrauchs. Mit dem Begriff «Corporate Capture» wird der umfassende und langfristige Einfluss auf politische Prozesse, Strukturen und Entscheidungen bezeichnet, der zum Nachteil des öffentlichen Interesses und zum Vorteil der Konzerne ist. Bindende Register von Lobbyist*innen mit Sanktionsmöglichkeiten und substanzielle Transparenzinitiativen sind wichtige Gegenmassnahmen.

Die Farce der Selbstregulierung

Wie in anderen Wirtschaftssektoren funktioniert auch in der Pharmaindustrie die Selbstregulierung nicht. Von ihren PR-Abteilungen gedrechselte Verhaltenskodizes

und Absichtserklärungen erlauben es den Pharmakonzernen sogar, ein verantwortungsbewusstes Image zur Schau zu stellen – Stichwort «Greenwashing» – und den Druck zur Regulierung ihrer Geschäftstätigkeit und zum grundsätzlichen Überdenken des Systems abzuschwächen. Deshalb sind die internationale Zusammenarbeit und die Arbeit der Zivilgesellschaft in der Schweiz unersetzlich: Wir wollen ein System und Regulierungen, in welchem diejenigen, die innovative und wirksame Behandlungen entwickeln und vorantreiben, angemessen belohnt werden, das aber auch den Zugang dazu für alle Menschen überall auf der Welt ermöglicht. Solche Modelle und konkrete Vorschläge gibt es, und diese werden von Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen und bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) seit Jahren diskutiert – deren Umsetzung ist eine Frage des politischen Willens. Die diversen Korruptionsrisiken und oftmals legalen, aber schädlichen Praktiken im Pharmasektor sind Ausdruck dafür, dass es an diesem Willen fehlt. ■

Zwei Fallbeispiele

STELLENWECHSEL OHNE ABKÜHLUNGSPERIODE

Für Angestellte von Regulierungsbehörden kann es aufgrund der viel höheren Löhne sehr attraktiv sein, in die Privatwirtschaft zu wechseln. Auf der anderen Seite ist es für Konzerne ein riesiger Vorteil, ehemalige Mitarbeitende der Aufsichtsbehörden im Unternehmen zu haben, da diese die Richtlinien und Verfahren sowie die internen Abläufe der Behörden bestens kennen und gut vernetzt sind. Wenn das als «Revolving Door» bezeichnete Korruptionsrisiko nicht reguliert ist, können sich Konzerne mit hohen Löhnen systematische Vorteile erkaufen.

In der Schweiz hat beispielsweise 2018 der Chefjurist von Swissmedic die Arzneimittelzulassungsbehörde nach einer 15-jährigen Karriere verlassen, um für eine internationale Anwaltskanzlei zu arbeiten. Dort berät er nun Pharmakonzerne bei «komplexen regulatorischen Fragen». Diese Stelle trat er nur einen Monat nach seinem Weggang bei Swissmedic an. Zwar müssen Mitarbeitende die Geschäftsleitung über beabsichtigte Stellenwechsel informieren, aber es gibt keine weiteren Massnahmen oder Fristen, die etwa vor Antritt einer neuen Stelle eingehalten werden müssten. Einzig ein Leitfaden dient der Beurteilung möglicher Interessenskonflikte.

Da die Anwaltskanzlei kein Pharmaunternehmen ist, wurde der Wechsel als unproblematisch bewertet. Was jedoch ins Auge sticht: Erst nach diesem Seitenwechsel betreute die Kanzlei in der Schweiz ansässige Pharmakunden. Auch die Eidgenössische Finanzkontrolle kam zum Schluss, dass

Swissmedic eine besonders exponierte Stellung zukommt und dass angesichts der Höhe der finanziellen Beträge der Konzerne das Risiko von Interessenskonflikten real ist. Daher empfiehlt die Finanzkontrolle Swissmedic, für Geschäftsleitungsmitglieder und weitere Kaderleute mit massgeblichem Einfluss eine systematische Karenzfrist einzuführen. Bei der Behörde findet man allerdings, dass für eine Anpassung der Personalverordnung kein zeitlicher Druck besteht.

GUT GESCHMIERT IST HALB GEWONNEN

Im Jahr 2020 schlossen Novartis und ihre Tochtergesellschaften mehrere Vergleiche über fast eine Milliarde US-Dollar mit Strafverfolgungs- und Aufsichtsbehörden in den USA ab, weil sie gegen den Foreign Corrupt Practices Act (FCPA) und den False Claims Act (FCA) verstossen hatten. Von 2002 bis 2015 hat Novartis sowohl medizinisches Personal in den USA als auch Ärzt*innen und Mitarbeitende von staatlichen Krankenhäusern im Ausland, namentlich in Griechenland, Südkorea und Vietnam, mit der Bezahlung von Weiterbildungen, hohen Honoraren für Vorträge, Geschenken und Hospitalität bestochen, um hohe Verschreibungsraten für Medikamente zur Kontrolle von Blutdruck und Diabetes zu erreichen oder aufrechtzuerhalten. Wer die Vorgaben des Konzerns nicht erreichte, wurde in der Folge nicht weiter bevorzugt behandelt. Diese Beispiele zeigen, wie an sich legale Formen der Zusammenarbeit missbraucht werden, um Korruption zugunsten der Unternehmen und auf Kosten der Interessen von Patient*innen zu ermöglichen.



Im Zentrum unzähliger Skandale: Hauptsitz der Credit Suisse am Paradeplatz in Zürich

© Mark Henley/Panos

Suisse Secrets: Die ewigen Skandale der CS und des Schweizer Finanzplatzes

Während sich die Credit Suisse im Februar im Rahmen des Geldwäscherei-Prozesses vor dem Bundesstrafgericht verantworten musste, konnte auch die Veröffentlichung der «Suisse Secrets» die Strategie der zweitgrössten Bank des Landes nicht ins Wanken bringen: das Offensichtliche so lange leugnen, bis man auf Verjährung pochen kann. Hinter den Kulissen versucht die Bankenlobby nach jedem Skandal, die Pressefreiheit einzuschränken. Nach den Enthüllungen ist es an der Zeit zu handeln.

DAVID MÜHLEMANN UND ADRIÀ BUDRY CARBÓ

Die «Suisse Secrets» enthüllen ein knappes Jahrhundert an Skandalen bei der Credit Suisse. Gleichzeitig bietet das x-te Datenleck den Schweizer Banken die Gelegenheit, die Bühne für sich zu beanspruchen: Sie zeigen sich bestürzt, leugnen das Offensichtliche, geben der internationalen Konkurrenz die Schuld und reden alles schön. All die Fälle, die sich in den Schubladen der zweitgrössten Schweizer Bank stapeln und jahrelang dementiert wurden, sollen nun laut vielfach wiederholten Versprechen zu einer angeblich längst verstaubten «Altlast» geworden sein.

Gleichzeitig macht sich die Bankenlobby bereits daran, das Konsortium investigativer Journalist*innen zu diskreditieren: 47 internationale Medien, die sich rund um das Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP) zusammengeschlossen haben, darunter

«The Guardian», «Le Monde» und die «Süddeutsche Zeitung». Doch egal, wie renommiert die Blätter, wie fundiert die Vorwürfe oder wie oft die helvetischen Banken rückfällig geworden sind – Skandal um Skandal stehen auf der politischen Bühne das Gerede der Vertreter*innen des Schweizer Finanzplatzes und die Notwendigkeit einer Beschränkung der Pressefreiheit im Zentrum.

Die «Suisse Secrets», die der «Süddeutschen Zeitung» von einer anonymen Quelle übermittelt und ab dem 20. Februar 2022 veröffentlicht wurden, enthalten Daten über mehr als 18 000 Credit Suisse-Konten von 30 000 Kund*innen und juristischen Personen aus 120 Staaten. Die Bankbeziehungen reichen von den 1970er-Jahren bis ins vergangene Jahrzehnt. Zu Spitzenzeiten, also vor der Welle von Kontoschliessungen im Zuge der Einführung

neuer Regulierungen im Jahr 2014, beliefen sich diese Guthaben auf über 100 Milliarden Dollar. Zum aufgedeckten Portfolio der Credit Suisse gehören unter anderem:

- **Politisch exponierte Personen (PEP)** wie König Abdullah II. von Jordanien und der ehemalige algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika
- **Hohe Beamte**, deren Vermögensquellen kaum nachvollziehbar sind, zum Beispiel der venezolanische Vizeminister für Energie unter dem damaligen Präsidenten Hugo Chávez mit seinem Schweizer Vermögen von 9,5 Millionen Franken oder der Tycoon der kasachischen Staatsunternehmen (und Schwiegersohn des ehemaligen Präsidenten Nursultan Nasarbajew) mit einem Spitzenvermögen von fast 844 Millionen Franken auf den Konten der Credit Suisse
- Rund 40 Konten von **hochrangigen Geheimdienstmitgliedern** aus aller Welt. Darunter die Konten der Familie von Hosni Mubaraks Spionagemeister, dank dessen Geheimpolizei sich der ehemalige ägyptische Staatschef bis zum Arabischen Frühling an der Macht gehalten hatte. Nach seinem Tod 2012 blieb eines der Konten (mit einem Kontostand von bis zu 63,8 Millionen Franken) weiterhin offen.
- Schliesslich ein **bulgarischer Mafia-Clan**, wegen dem die Credit Suisse und eine ihrer Beraterinnen nun vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona stehen.

Eine Folge von Skandalen

Dass Geldwäschereifälle nicht sofort aufgedeckt werden, sondern Jahre später, wenn der Schaden schon längst angerichtet ist, hat auch damit zu tun, dass die Banken – trotz ihrer Sorgfaltspflichten – ihre Geschäftsbeziehungen zu wenig überprüfen. Mark Branson, der ehemalige Chef der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht Finma, hat vor fünf Jahren konstatiert, die Banken würden einen Verdacht auf Geldwäscherei viel zu oft erst aufgrund von Recherchen durch Medien und NGOs melden, anstatt laufend eigene Abklärungen zu machen.

Der Blick in die Vergangenheit zeigt erstaunliche Parallelen. Ende der 1970er-Jahre stand die Schweizerische Kreditanstalt (SKA, heute Credit Suisse) im Kreuzfeuer der Kritik. Nach etlichen Fällen wegen versteckten (Flucht-)Geldern aus Italien, bekannt als Chiasso-Skandal, unternahmen die Schweizer Banken den Versuch, sich selbst zu regulieren. Die Schweizer Bankiervereinigung veröffentlichte zusammen mit der Schweizerischen Nationalbank die erste Fassung der Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB). Die Banken verpflichteten sich namentlich, eine seriöse Identifikation ihrer Kundschaft (know your customer, KYC)

vorzunehmen und die wirtschaftlich Berechtigten und Personen hinter anonymen Sitzgesellschaften abzuklären.

Dies hinderte die Institute des Schweizer Finanzplatzes bekanntlich nicht daran, weiterhin mit fragwürdiger Klientel Geschäftsbeziehungen einzugehen. Im schlimmsten Fall wurden Skandale heruntergespielt: Man begründete sie mit der Ungeschicktheit achtloser Angestellter, die die im weltweiten Vergleich doch so fortschrittlichen Richtlinien zur Geldwäschereibekämpfung nicht eingehalten hätten. Es brauchte aber mindestens drei weitere Skandale, bis die Politik einsah, dass ein Geldwäschereigesetz notwendig war.

Reputationsschaden nur mit Notrecht abgewendet

So konnte der Bundesrat 1986 nur mit Notrecht einen grösseren Reputationsschaden abwenden, als der gestürzte philippinische Diktator Marcos – der zusammen mit seiner Frau in den «Suisse Secrets»-Daten auftaucht – versuchte, sein Millionenvermögen u. a. bei der Schweizerischen Kreditanstalt abzuziehen. 17 Jahre später gab die Schweiz den Philippinen 684 Millionen Dollar zurück. Zeitgleich, also zwischen 1985 und 1988, kamen zwei weitere Affären ans Licht: zunächst die Pizza-Connection und dann die Libanon-Connection. Die Skandale um die Geldwäscherei von Drogengeldern der italienischen Mafia kosteten sogar die damalige Justizministerin und erste Bundesrätin Elisabeth Kopp ihren Posten. Für kurze Zeit wurde die Schweiz von der internationalen Gemeinschaft geächtet, mehrere ausländische Finanzaufsichtsbehörden (u. a. die USA und Australien) beschlossen, sie als «unterreguliertes Offshore»-Zentrum auf den Index zu setzen.

In einem Tempo, das die schweizerische Politik sonst nur bei Steuerreduzierungen für Unternehmen an den Tag legt, verabschiedete das Parlament in der Folge die strafrechtliche Geldwäschereibestimmung. Kurz vor der Jahrtausendwende trat dann das Geldwäschereigesetz in Kraft. Damit übernahm die Schweiz Teile der Empfehlungen der Financial Action Task Force (FATF), eine internationale Organisation, die den Mindeststandard zur Geldwäschereibekämpfung festlegt und dessen Umsetzung in ihren Mitgliedsstaaten überwacht. (Mehr zu den aktuellen Entwicklungen im Kampf gegen die Geldwäscherei finden Sie in unserem Artikel auf Seite 26).

Dreissig Jahre später und nach den Enthüllungen der «Suisse Secrets» fordern die grössten Fraktionen im EU-Parlament, die Schweiz auf die Liste der Hochrisikoländer für Geldwäscherei zu setzen.

Der Schweizer Finanzplatz sieht darin einen verdeckten Angriff eines konkurrierenden Finanzplatzes. In ihrer Antwort an das Journalist*innen-Konsortium spricht die Credit Suisse von «einseitigen, selektiven und aus dem Kontext gerissenen Informationen», die zu «tendenziösen Interpretationen» führten. Weiter erklärt sie: «Diese Behauptungen in den Medien scheinen ein

konzertierter Versuch zu sein, die Bank und den Finanzplatz Schweiz zu diskreditieren.» Schliesslich habe es «nie New York Leaks, London Leaks oder Luxemburg Leaks gegeben», erklärt Edouard Cuendet, der Direktor der Lobbyorganisation des Finanzplatzes Genf, in der Tagesschau von RTS am Tag nach Veröffentlichung der «Suisse Secrets». Irrelevant, dass die vorhergehenden Datenlecks nacheinander genau diese Finanzplätze betrafen: Panama Papers, Bahamas Leaks, Luxleaks – oder sich sogar auf Daten der US-amerikanischen Anti-Geldwäschereibehörde stützten (FinCEN Files).

Im Gerichtssaal des Bundesstrafgerichts in Belinzona bemüht sich die Bundesanwaltschaft am 23. Februar 2022, die vielen Versäumnisse der Credit Suisse in Sachen Geldwäschereibekämpfung nachzuweisen: ihre unterbesetzte Compliance-Abteilung, die für eine Bank dieser Grösse unzureichende Risikobewertung, unwirksame Kontrollen.

«Alle Ebenen der Bank haben versagt», so die Staatsanwältin des Bundes. Die unangemessene Risikokultur der zweitgrössten Bank der Schweiz wird auch durch die Aussage ihrer Kundenberaterin untermauert: Sie gab bei der Anhörung zu, dass sie die Compliance-Abteilung nicht angerufen habe, weil sie Angst hatte, ihre «Karriere und den Anspruch auf Boni ernsthaft zu gefährden».

Und nachdem sie die «Verbissenheit der Bundesanwaltschaft» kritisiert hat, räumt sogar die Anwältin der CS ein, dass Schweizer Banken eine gewisse Besonderheit aufweisen: «Damals gehörte es zum traditionellen Geschäftsmodell des Private Banking, nicht besteuerte Kunden aufzunehmen. Die Politik wusste darüber Bescheid. Dies gilt es [Anm. d. Red.: bei der Beurteilung der Vorwürfe gegen die Credit Suisse] zu berücksichtigen.»

Die «Männer» des Bankensektors

Bis vor zehn Jahren richtete sich die Kritik vor allem gegen die Banken, die ausländische Vermögenswerte illegaler Herkunft annahmen, aus Korruption, Geldwäscherei oder Steuerhinterziehung. Heute steht die Politik im Rampenlicht. Nachdem sich die damalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel 2010 bereit erklärt hatte, die Bankdaten deutscher Steuersünder*innen zu kaufen, sah sich die FDP zum Handeln veranlasst. Anstatt den Schweizer Banken Regeln aufzuzwingen, damit diese nur noch «sauberes» Geld annehmen, verlangte die FDP mit einer parlamentarischen Initiative eine Verschärfung des Bankgeheimnisses. Mit 126 zu 58 Stimmen beschloss das Parlament im Dezember 2014, dass nicht nur Bankangestellte zu strengeren Strafen verurteilt werden können, wenn sie Konten Daten weitergeben, sondern auch «Dritte», die Bankdaten



von Kund*innen «weiteren Personen offenbaren». Schon fast Berühmtheit haben die Worte von Andrea Caroni (heute Ständerat AR) erlangt: «Es gehört nicht zur Aufgabe von Journalisten, geheime, intime, persönliche Daten, die gestohlen wurden, in den Medien auszubreiten und die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen zu verletzen; das gehört schlichtweg nicht zu ihrem Job.»

Die neue Bestimmung kam bisher noch nie zum Einsatz gegen Journalist*innen. Für die Swissleaks, die im Februar 2015 veröffentlicht wurden, kamen diese gerade einen Tick zu spät. Das Datenleck bei der Genfer HSBC-Tochter enthüllte ein von der britischen Bank betriebenes internationales Steuerhinterziehungs- und Geldwäscheresystem. Welches Schweizer Medium würde es heute noch wagen, sich über Artikel 47 des Bankengesetzes hinwegzusetzen und durch die Veröffentlichung gestohlener Bankdaten zu riskieren, dass eigene Mitarbeitende zu drei Jahren Gefängnis verurteilt werden?

Für Journalist*innen hat dieser Paragraph etwas Anachronistisches und Absurdes in einem Land, das sich für die Vorreiterin der Demokratie hält. Er ist schlecht durchdacht, undifferenziert und sieht nicht einmal die von Journalist*innen hochgehaltene Interessenabwägung vor, also die Möglichkeit zu prüfen, ob an der Enthüllung einer illegalen oder unmoralischen Tätigkeit ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Für Oliver Zihlmann, den Leiter des Recherche-Teams von Tamedia, das sich gegen die Teilnahme an den «Suisse Secrets»-Ermittlungen entschieden hat, ist Artikel 47 «nicht nur ein Publikations-, sondern auch ein Rechercheverbot». Und zwar eines mit Symbolcharakter, denn diese Einschränkung der Pressefreiheit ist im Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen verankert – und ist im Grunde nichts anderes als ein weiterer Paragraph des Bankgeheimnisses, der es den Angestellten der Branche verbietet, interne Informationen weiterzugeben.

Die Schweizer Medien, bereits gebeutelt von ungünstigen Marktbedingungen und von der Justiz bedroht, sollen sich nun also nicht mehr für die Kundenschaft des Finanzplatzes interessieren. Wollen sie nicht hohe Risiken eingehen, müssen sie zukünftige Datenlecks mit Bezug zu Schweizer Banken via internationale Medien mitverfolgen.

Was also bleibt von den Enthüllungen der «Suisse Secrets»? Der Bankenlobby ist es gelungen, ihr Gegen-Narrativ durchzusetzen, der eigentliche Skandal seien die gestohlenen Bankkundendaten. Sie hat es geschafft, die Debatte über die dringend notwendigen Reformen im Finanzsektor abzuwürgen.

Dabei zeigt auch der Krieg in der Ukraine, wie nötig diese wären. Einen Tag nach Ankündigung der Schweizer Sanktionen gegen Russland enthüllte die Financial Times, dass die Credit Suisse ihre Anleger*innen aufgefordert hatte, Dokumente über die Verbriefung von sehr ungewöhnlichen Yacht- und Privatjetkrediten an gewisse russische Oligarchen zu vernichten, die das Ziel von Sanktionen sind. Die Credit Suisse agiert also wieder mal im Panikmodus.

Bundesrat nimmt Finanzplatz in Schutz

Klar ist: Trotz etlicher Reformen der Finanzmarktregulierung bestehen weiterhin entscheidende Lücken, um Geldwäscherei und andere kriminelle Machenschaften zu verhindern. Die Finanzmarktaufsicht Finma muss gestärkt werden, damit sie die Gesetze tatsächlich durchsetzen kann. Finma-Präsidentin Marlene Amstad hat erklärt, sie sei «offen für neue, effektive Instrumente», um fehlbare Banker*innen büssen zu können.

Umso beklagenswerter ist die Haltung des Bundesrats, der noch eine Woche vor Publikation der «Suisse Secrets» die Annahme eines weiteren Postulats ablehnte. Dieses forderte, dass die Finma auch Verwaltungsbussen gegen Finanzinstitute verhängen kann, was in der Geldwäschereibekämpfung engagierte Kreise seit Langem verlangen. Die Schweizer Politik hat lange genug den Versprechungen des Finanzplatzes vertraut. ■

Unsere Forderungen

Das braucht es, um endlich das Abwehrdispositiv gegen Geldwäscherei zu verschärfen und den Schutz von Whistleblower*innen zu gewährleisten:

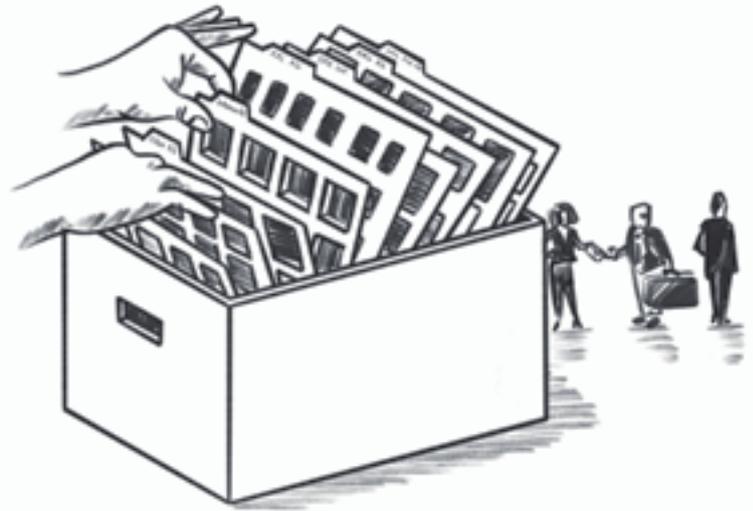
- Stärkung der Finanzmarktaufsicht Finma und Ausweitung der Bussenkompetenz
- Verschärfung der strafrechtlichen Mindestbussen und Sanktionen gegen Unternehmen
- Einführung eines zentralen und öffentlichen Registers über die wirtschaftlich Berechtigten an Unternehmen
- Ausweitung des Geldwäschereigesetzes auf Beratungstätigkeiten bei der Gründung und Verwaltung von Unternehmen – inklusive Einführung von Sorgfaltspflichten
- Streichung von Artikel 47 des Bankengesetzes zur Publikation von Bankdaten durch Dritte
- Ausbau des Schutzes von Whistleblower*innen
- Erhöhte Transparenz im Bereich des politischen Lobbyings – bei der Bundesverwaltung und im Parlament

← Im Zentrum des Chiasso-Skandals: Filiale der damaligen Schweizerischen Kreditanstalt SKA im Tessiner Grenzort.

Gehören anonyme Briefkastenfirmen bald der Vergangenheit an?

Im Kampf gegen die internationale Finanzkriminalität hat die Financial Action Task Force (FATF) an ihrer Plenarversammlung im März beschlossen, ein zentrales Register für die wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen als neuen Mindeststandard einzuführen. Damit erhöht sich der politische Druck auf die Schweiz, ihr Dispositiv gegen die Geldwäscherei zu verschärfen.

DAVID MÜHLEMANN



Nachdem sich der Bundesrat jahrelang weigerte, ein Register der wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen einzuführen, muss er einmal mehr internationalem Druck nachgeben. Die von der Schweiz mitgegründete Financial Action Task Force (FATF), die über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung wacht, hat an ihrer Plenarversammlung Anfang März beschlossen, die Transparenz bei Unternehmen und Briefkastenfirmen zu erhöhen.

Als eine von insgesamt 40 Empfehlungen, die als weltweiter Mindeststandard zur Bekämpfung der Geldwäscherei zählen, haben die FATF-Mitgliedsstaaten die Empfehlung 24 revidiert. Diese neue Regel zur Transparenz von juristischen Personen gibt allen Mitgliedsstaaten vor, ein Register für die tatsächlichen Eigentümer auch von undurchsichtigen Firmenkonstrukten einzuführen. Einige Mitgliedsländer – darunter auch die Schweiz – haben jedoch erfolgreich für «alternative Mechanismen» lobbyiert. Wie genau diese ausgestaltet sein müssen, dass sie den Anforderungen der FATF dennoch genügen, weiss bei Redaktionsschluss noch niemand. Immerhin sind diese Alternativen zu einem Register nur dann zulässig, wenn sie den zuständigen Behörden im Kampf gegen die Geldwäscherei gleich schnellen Zugang zu den notwendigen Informationen ermöglichen.

Öffentliches Register bleibt Goldstandard

Ein zentrales Register ist ein erster Schritt für mehr Transparenz über die Besitzverhältnisse auch von Briefkastenfirmen. Public Eye bedauert es jedoch sehr, dass der neue FATF-Standard nicht ein öffentliches Register

vorschreibt, weil dieses auch eine bessere internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Geldwäscherei ermöglicht – einer Straftat, die oft nicht an den Landesgrenzen Halt macht. Öffentliche Register würden zudem den Zugang zu wichtigen Informationen über die tatsächlichen Eigentümer*innen von Firmenkonstrukten für Journalist*innen und NGOs erleichtern, die gegen Korruption kämpfen. Diese könnten dadurch die hinterlegten Angaben prüfen, Interessenkonflikte und Fehlverhalten aufdecken und zur Genauigkeit der Daten beitragen.

Die EU ist der Schweiz weit voraus

Die EU verpflichtet ihre Mitgliedsstaaten bereits seit 2018, ein öffentliches Register für wirtschaftlich Berechtigte einzuführen. Aus Sicht der EU hängt nicht zuletzt das Vertrauen «der Anleger und der breiten Öffentlichkeit in die Finanzmärkte [...] von der Existenz einer präzisen Offenlegungspflicht ab, die für Transparenz in Bezug auf die wirtschaftlichen Eigentümer und die Kontrollstrukturen von Gesellschaften und anderen juristischen Personen sowie bestimmter Arten von Trusts und ähnlichen Rechtsvereinbarungen sorgt». Die EU-Mitgliedsstaaten sind damit gefordert, der Öffentlichkeit einen Zugang zu Angaben über die wirtschaftlichen Eigentümer zu ermöglichen, «sodass Dritte in der gesamten Union feststellen können, wer die wirtschaftlichen Eigentümer von Gesellschaften und anderen juristischen Personen sowie bestimmter Arten von Trusts und ähnlichen Rechtsvereinbarungen sind».

Zwar haben noch nicht alle EU-Mitgliedsstaaten ihre Verpflichtung wahrgenommen und öffentliche

Register der wirtschaftlich Berechtigten eingeführt. Nachholbedarf besteht namentlich bei Finnland, Griechenland, Italien, Litauen Rumänien, Spanien, Tschechien, Ungarn und Zypern. Im Zentrum Europas stellt die Schweiz trotzdem eine Regulierungsoase dar – bekanntlich nehmen insbesondere Vermögenswerte illegaler Herkunft den Weg des geringsten Widerstandes und werden bevorzugt dort parkiert, wo die laschesten Regulierung besteht.

Wirksame Durchsetzung von Sanktionen

Ein Register der wirtschaftlich Berechtigten hätte den Schweizer Behörden gute Dienste geleistet im Zusammenhang mit den Sanktionen gegen russische Banken und gegen Oligarchen mit besonders guten Beziehungen zum Kreml, welche als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine unlängst ergriffen wurden. Denn es ist nicht garantiert, dass die Finanz-Sanktionen gegen vermögende Russ*innen nicht zur reinen Symbolpolitik verkommen. Die Offshore-Strukturen, mit denen Vermögende ihr Geld verwalten, erstrecken sich über mehrere Staaten und sind derart verschachtelt, dass es für die Behörden oft kaum möglich ist, bestimmte Vermögenswerte eindeutig bestimmten Personen zuzuordnen.

Dass sich Sanktionen mittels Briefkastenfirmen und anderen intransparenten Firmenkonstrukten umgehen lassen, ist längst bekannt. So sollen 2014, nach der Annexion der Krim, die Putin nahestehenden Brüder Arkadi und Boris Rotenberg über Firmengeflechte innerhalb weniger Tage mehr als 120 Millionen Dollar nach Russland überwiesen haben; das geht aus einem Bericht des Ständigen Unterausschusses für Untersuchungen des US-Senats aus dem Jahr 2020 hervor.

Schweizer Regierung muss nachbessern

Sechs Jahre nach der Veröffentlichung der Panama-Papers hat die Schweiz immer noch kein Register der wirtschaftlich Berechtigten. Es gab zwar Anpassungen, wonach jede AG oder GmbH ein Register führen muss, in dem alle wirtschaftlich Berechtigten aufgelistet sind, die wenigstens 25 % Anteil am Unternehmen haben. Doch es ist klar, dass diese privaten Register den neuen FATF-Anforderungen nicht mehr genügen.

Als Reaktion auf die «Pandora Papers» hatte der Neuenburger SP-Nationalrat Baptiste Hurni die Schweizer Regierung aufgefordert, ein öffentliches Register für wirtschaftlich Berechtigte an Gesellschaften und Trusts einzuführen. Wie aus der Stellungnahme des Bundesrats hervorgeht, will sich dieser weder zu einer bestimmten Lösung äussern noch auf eine solche beschränken, bevor er nicht eine umfassende Situationsanalyse vorgenommen hat. Unter der Leitung des Finanzdepartements haben die entsprechenden Vorarbeiten zur Analyse einer Verstärkung des Rechtsdispositivs im Bereich

der Transparenz und der wirtschaftlich Berechtigten von juristischen Personen begonnen. Bis Mitte 2022 prüft die Bundesverwaltung nun verschiedene Handlungsoptionen und informiert das Parlament über die Folgearbeiten.

Lösung liegt auf dem Tisch

Die Offenlegung der wirtschaftlich Berechtigten an juristischen Personen ist eine der wirksamsten Massnahmen gegen Wirtschaftskriminalität. Der Bundesrat sieht das bislang anders. Um eine Wiederholung des Bankgeheimnis-Debakels zu vermeiden, muss die Schweiz schnell die Konsequenzen aus Skandalen wie den «Pandora Papers» ziehen und alle rechtlichen Schlupflöcher schliessen, die Steuerhinterziehung und Korruption auf dem Finanzplatz erleichtern. Public Eye fordert den zuständigen Bundesrat Ueli Maurer deshalb auf, dem Parlament umgehend entsprechende Gesetzesänderungen vorzulegen. Damit die Schweiz nicht eine Regulierungsoase im Herzen Europas bleibt, muss sie den EU-Standard nachvollziehen und ein öffentliches Register für wirtschaftlich Berechtigte einführen. Gleichzeitig sollen Berater*innen für Briefkastenfirmen endlich den Sorgfaltspflichten des Geldwäschereigesetzes unterstellt werden. ■

Stadtrundgang «Nächster Halt Paradeplatz» in Zürich

Mit seinen Banker*innen, Börsenhändler*innen und Anwalt*innen in schwarzen Anzügen und Aktenkoffern in der Hand ist der Zürcher Paradeplatz weltweit bekannt als Symbol für die Schweizer Finanzwelt. Und doch bleibt der Finanzplatz Zürich eine Blackbox. In diesem 90-minütigen Stadtrundgang werden einige der lukrativen und oft zweiseitigen Geschäfte der Zürcher Finanzdienstleister und das damit verbundene Handeln der Politik unter die Lupe genommen. Von Geldwäscherei über Schwarzgeld bis zu Investitionen der Nationalbank informiert die Regionalgruppe Zürich von Public Eye über aktuelle und historische Aspekte des Zürcher Finanzplatzes.

Treffpunkt: Alfred-Escher-Denkmal am Bahnhofplatz (bei jedem Wetter). Nächste Termine:

- Sa 30. April, So 1. Mai, Sa 7. Mai und Sa 14. Mai um 14 Uhr
- Mi 4. Mai und Mi 11. Mai jeweils um 18.30 Uhr

Patente auf Brokkoli, Melone und Bier stoppen

Agrarkonzerne lassen sich herkömmlich gezüchtetes Obst, Gemüse und Getreide patentieren, obwohl dies im europäischen Patentrecht verboten ist. So verschaffen sie sich immer mehr Kontrolle über unsere Lebensmittel. Ähnliche Patentanträge werden auch auf Tiere eingereicht. Wir fordern Justizministerin Karin Keller-Sutter dazu auf, zusammen mit ihren Amtskolleg*innen aus ganz Europa die unrechtmässige Patenterteilung auf Saatgut, Pflanzen und Tiere zu stoppen.

ROMEO REGENASS

Seit über zehn Jahren wird am Europäischen Patentamt (EPA) diskutiert, wie das Verbot der Patentierung konventionell gezüchteter Pflanzen und Tiere umgesetzt werden soll. Das Verbot ist im Europäischen Patentübereinkommen (EPÜ) nur schwammig formuliert: Darin steht, dass «im Wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen oder Tieren» nicht patentiert werden dürfen (Artikel 53b, EPÜ).

Obwohl 2017 eine neue Regel für die Auslegung des Verbots beschlossen wurde, werden bis zum heutigen Tag nicht nur gentechnische Verfahren patentiert, sondern auch Züchtungen, die auf zufälligen Mutationen und herkömmlichen Verfahren beruhen. Beispiele sind Patente auf Braugerste, Buschmelonen und Salat. Bisher waren weder das Europäische Patentamt noch die Beamt*innen der Mitgliedsländer, die sich regelmässig im Verwaltungsrat des EPA treffen, in der Lage, das Problem zu lösen.

Jetzt verschärfen die Verfahren der «Neuen Gentechnik» das Problem: Mit Werkzeugen wie CRISPR/Cas – einer molekularbiologischen Methode, um DNA gezielt zu schneiden und zu verändern – lassen sich Ergebnisse der herkömmlichen Züchtung nachahmen. Viele Firmen vermischen in ihren Patentanträgen absichtlich die Grenze zwischen Gentechnik und konventioneller Züchtung. Werden die Patente erteilt, können sie auch Pflanzen (oder Tiere) aus konventioneller Züchtung und mit zufälligen Mutationen betreffen. So erlangen Konzerne wie Syngenta, Bayer, BASF und Corteva (früher DowDuPont) immer mehr Kontrolle über die herkömmliche Züchtung. Dabei ist klar: Konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere sind keine Erfindung!

Missbrauch des Patentrechts stoppen

Damit die bestehenden Verbote nicht wirkungslos werden, braucht es rechtlich wirksame Regelungen, um die Reichweite der Patente zu begrenzen. Patente auf Verfahren, die auf Kreuzung, Selektion oder zufälligen Mutationen beruhen, müssen dabei ebenso ausgeschlossen werden wie die Ausweitung von Ansprüchen von Gentechnik-Patenten auf konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere.

Public Eye fordert im Rahmen einer internationalen Petition des Netzwerks «Keine Patente auf Saatgut!», dass die Regierungen der Vertragsstaaten endlich ihre Verantwortung wahrnehmen und binnen eines Jahres eine internationale Konferenz der zuständigen Minister*innen einberufen. Derartige Konferenzen sollen laut Europäischem Patentübereinkommen mindestens alle fünf Jahre stattfinden, um über Fragen des Patentrechts zu beraten. Nach jahrelanger Rechtsunsicherheit braucht es jetzt politische Entscheidungen auf höchster Ebene. Nur durch eine Initiative der Mitgliedsstaaten kann das Patentverbot für konventionelle Pflanzen durchgesetzt werden.

Die Petition wird von über 50 Organisationen aus 14 europäischen Ländern unterstützt und in der Schweiz von biorespect, Pro Specie Rara, Public Eye und Swissaid mitgetragen. ■



Infos zur Petition:

www.publiceye.ch/patente-stoppen

Daten und Fakten für die Debatte zu Pestiziden

In Kooperation mit der deutschen Heinrich-Böll-Stiftung publiziert Public Eye erstmals eine Schweizer Ausgabe des Pestizidatlas. Auf 52 Seiten und mit über 80 Infografiken zeigt er die Zusammenhänge und Folgen des weltweiten Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft. Auf den nächsten zwei Seiten finden Sie eine Leseprobe.

CARLA HOINKES

Im Bier und im Honig, auf Obst und Gemüse, im Gras auf Spielplätzen und sogar im Urin und in der Luft – überall lassen sich Spuren von Pestiziden aus der Landwirtschaft nachweisen. Dabei ist die Erkenntnis, dass sich chemisch-synthetische Wirkstoffe negativ auf die menschliche Gesundheit auswirken können, keineswegs neu. Auch ist seit Jahren bekannt, dass sie Insekten und Pflanzen schädigen und Gewässer kontaminieren.

Bereits 1962 veröffentlichte Rachel Carson ihr weltweit anerkanntes Buch «Silent Spring» – der stumme Frühling, in dem die Biologin die schädlichen Auswirkungen der Pestizidanwendung beschrieb. Es gilt als wegweisend für die Umweltbewegung und als eines der einflussreichsten Sachbücher unserer Zeit. Seitdem wurden viele Pestizide vom Markt genommen. Neue kamen mit dem Versprechen hinzu, sie seien weniger gefährlich für Gesundheit und Umwelt. Ein Versprechen, das selten eingelöst wurde.

Trotz vieler Verschärfungen in den Zulassungsverfahren und freiwilliger und verbindlicher Vereinbarungen zum Umgang mit Pestiziden werden 60 Jahre nach Carsons Buch weltweit so grosse Mengen Pestizide ausgebracht wie nie zuvor. Eine aktuelle Studie schätzt, dass bis zu 385 Millionen Menschen pro Jahr von Pestiziden vergiftet werden. Betroffen sind überwiegend in der Landwirtschaft Beschäftigte im globalen Süden. Die Folgen solcher Vergiftungen reichen von Kopfschmerzen und Hautirritationen bis hin zu tödlichem Organversagen. Letzteres können besonders giftige Pestizide wie Paraquat von der in Basel ansässigen Firma Syngenta verursachen.

Pestizide beschleunigen auch das Artensterben. Die sogenannten Neonikotinoide – als weltweit meistgenutzte Insektizide – sind hochgiftig für Bienen und andere Bestäuber. Ungeachtet der Anwendungsverbote in der Schweiz und der EU exportieren Pestizidhersteller sie von dort in Länder mit grosser Artenvielfalt wie Brasilien, Indonesien oder Südafrika.

Der globale Markt für Pestizide ist lukrativ. Wenige gut vernetzte und einflussreiche Agrarchemiekonzerne mit Sitz im globalen Norden teilen ihn unter

sich auf – allen voran Syngenta. Das Schweizer Firmenkonglomerat ist für einen Viertel aller Pestizidverkäufe weltweit verantwortlich.

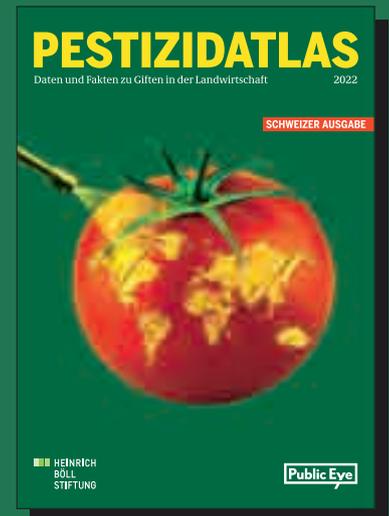
Endlich die Doppelstandards beenden

Die Wachstumsmärkte der Pestizidunternehmen liegen längst nicht mehr in Europa, sondern vor allem in Lateinamerika, Asien und zunehmend Afrika. Dort verkaufen sie besonders viele Substanzen, die in der EU und der Schweiz aufgrund ihrer gesundheits- oder umweltschädigenden Wirkung verboten sind. Eine langjährige Forderung der internationalen Zivilgesellschaft lautet deshalb, endlich Gesetze zu schaffen, die konsequenterweise Exporte solcher Stoffe aus Europa verbieten.

Die Schweiz hat einen ersten Schritt getan und den Export von 5 problematischen Stoffen ab 2021 verboten und die Ausfuhr von 100 weiteren Pestiziden erschwert. Viel grössere Mengen verbotener Pestizide werden allerdings von Syngenta und anderen Herstellern wie Bayer oder BASF aus EU-Ländern wie Deutschland, Italien oder Belgien exportiert. Die EU und auch die neue Bundesregierung in Deutschland haben die Absicht geäussert, diese Praxis zu stoppen. Um diese Doppelstandards zu beenden ist darüber hinaus eine globale Regulierung der giftigsten Substanzen bei der UNO überfällig. Die weltweite Verwendung dieser sogenannten hochgefährlichen Pestizide, die bekannte Auswirkungen auf die Umwelt oder die Gesundheit haben, muss eingestellt werden.

Die Klimakrise befördert Pflanzenkrankheiten, Schädlingsbefall und Extremwetterlagen in vielen Teilen der Welt. Es ist eine enorme Aufgabe, dieser Herausforderung und dem dadurch erhöhten Druck auf nützliche und unverzichtbare Insekten- und Pflanzenpopulationen zu begegnen. Agrarökologische Produktionssysteme, die Nützlinge als Verbündete schützen und einsetzen, müssen gefördert werden. Mit diesem Atlas liefern wir Daten und Fakten für eine zielgerichtete politische Debatte.

Bestellen Sie gratis den Schweizer Pestizidatlas 2022 mit der Antwortkarte in diesem Heft.



SYNGENTA IN BRASILIEN

UNHEIMLICHE ALLIANZEN

In Lateinamerika landen immer grössere Pestizidmengen auf Feldern. Und auf den Konten globaler Konzerne immer grössere Summen. In Brasilien haben Presseagenturen enthüllt, wie Politik und Industrie paktieren.

ANA ARANHA*

Kein anderes Land gibt so viel Geld für Pestizide aus wie Brasilien: Laut Marktanalysen kaufte das südamerikanische Land schon im Jahr 2013 Pestizide im Wert von insgesamt 10 Milliarden US-Dollar. Seither steigt der Pestizidverbrauch kontinuierlich an. Ein Grund ist die starke Zunahme der Produktion und des Exports von Agrarrohstoffen wie Soja – einem der wirtschaftlichen Motoren Brasiliens. Unter dem brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro hat sich die Situation noch einmal verschärft. Nur wenige Tage nach seinem Amtsantritt am 10. Januar 2019 veröffentlichte dieser eine Reihe von Dekreten, die neue Verwendungszwecke für agrochemische Produkte ermöglichen. Unter anderem wurde auf Antrag der Firma Dow erstmals die Verwendung des Wirkstoffs Sulfoxaflor erlaubt. Studien zeigen, dass Sulfoxaflor – genau wie andere Insektizide – Bienen schadet, indem es ihr Nervensystem angreift. Brasilianische Imkerinnen und Imker meldeten 2019 eine halbe Milliarde toter Bienen innerhalb von drei Monaten – als wichtigste Ursache wurden verschiedene bienenschädliche Insektizide festgestellt.

Neuzulassungen sowie neue Verwendungszwecke für bereits verwendete Produkte sind unter Bolsonaro zur Routine geworden: Es wurden derart viele Pestizide in kürzester Zeit zugelassen, dass Repórter Brasil und Agência Pública, zwei brasilianische Agenturen für Investigativjournalismus, eigens ein Online-Tool entwickelt haben. Automatisch

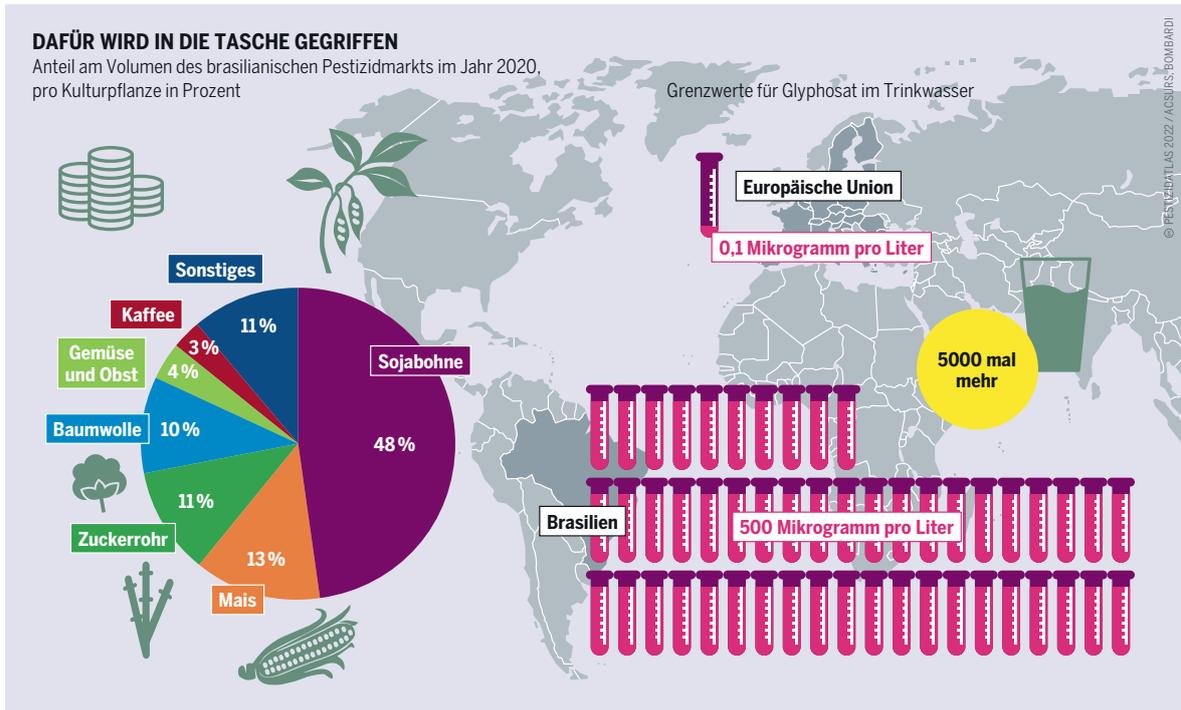
schlägt dieses nun in sozialen Netzwerken Alarm, sobald die Regierung wieder eine Neubewilligung bekannt gibt.

Bis November 2021 hat Bolsonaro 1458 neue Pestizidprodukte zugelassen. Zum Vergleich: Insgesamt beträgt die Zahl der in Brasilien zugelassenen Produkte 3524. Keine Vorgängerregierung hat annähernd so viele Anträge bewilligt; bei den meisten Herstellern handelt es sich um multinationale Unternehmen. Eine Untersuchung zeigt, dass nur fünf Prozent der Produkte, die Bolsonaro zugelassen hat, komplett in Brasilien hergestellt werden – obwohl multinationale Konzerne ihre Geschäftssitze und Fabriken in Brasilien haben, werden die meisten der verkauften Produkte im Ausland hergestellt. So importiert zum Beispiel Syngentas Niederlassung in São Paulo das Fungizid Elatus Trio unter anderem aus der Schweiz. Das Fungizid ist eines der fünf Produkte des Konzerns, die in den ersten vier Monaten von Bolsonaros Amtszeit zugelassen wurden.

Fast hätte die Bolsonaro-Regierung ausserdem ein Anwendungsverbot von Paraquat verhindert. Das Herbizid ist in kleinsten Mengen sehr giftig und in der Europäischen Union, in China und auch in der Schweiz verboten. Kein anderes zugelassenes Pestizid in Brasilien hat zwischen 2010 und 2019 so viele Todesopfer gefordert wie Paraquat. Die meisten Todesfälle waren Suizide. Für ein grosses Medien-echo sorgte 2018 folgender Zwischenfall: Im Süden des Landes erlitten 55 Kinder auf ihrem Schulhof eine Vergiftung durch Paraquat. Ein landwirtschaftlicher Betrieb in der Nähe der Schule hatte bei der Ausbringung des Herbizids grundlegende Sicherheitsmassnahmen missachtet.

Daten des brasilianischen Gesundheitsministeriums belegen die hohe Zahl an Pestizidvergiftungen. Die verkaufte und ausgebrachte Menge an Pestiziden steigt weiter – auch wegen der industriefreundlichen Regierung.





Mithilfe von Dokumenten von Brasiliens Behörde für Gesundheitsüberwachung (Anvisa) lässt sich minutiös nachzeichnen, wie sich Vertreterinnen und Vertreter der Regierung dafür einsetzten, ein Verbot des Herbizids rückgängig zu machen, das die Behörden des Landes 2017 beschlossen hatten. In jenem Jahr wurde den Herstellerfirmen und Landwirtschaftsbetrieben eine Übergangsfrist von drei Jahren zugestanden, damit sich der Markt an den kommenden Paraquat-Ausstieg anpassen konnte. In der Praxis aber passierte das Gegenteil: Die Importe des Herbizids stiegen von 35 000 Tonnen im Jahr 2017 auf 65 000 Tonnen im Jahr 2019.

2020 wurde öffentlich, dass Anvisa und Syngenta aussergewöhnlich enge Beziehungen unterhielten. Regierungsdokumente zeigen, dass eine Gruppe aus Pestizidfirmen wie Syngenta und Agrarkonzernen gegen das Paraquat-Verbot opponierte, die sich selber «Paraquat Task Force» nannte. Sie finanzierte Studien, rechtliche Schritte und Lobbyarbeit, um Ministerien und den Kongress für das Anliegen zu gewinnen.

Im Mittelpunkt der Industriekampagne stand eine laufende Studie der staatlichen Universität Campinas, eines der führenden Forschungszentren des Landes. Die Task Force forderte, dass Paraquat nicht endgültig verboten werden solle, bevor die Studie abgeschlossen sei. Die Erwartung: Die Studie würde schon aufzeigen, wie ungefährlich die Substanz sein könne, sofern bei der Anwendung Schutzausrüstung Verwendung findet. Investigativmedien konnten der Studie jedoch methodische Mängel nachweisen – und Interessenkonflikte. So stellte sich heraus, dass der brasilianische Interessenverband der Sojaproduzenten zu den Geldgebern

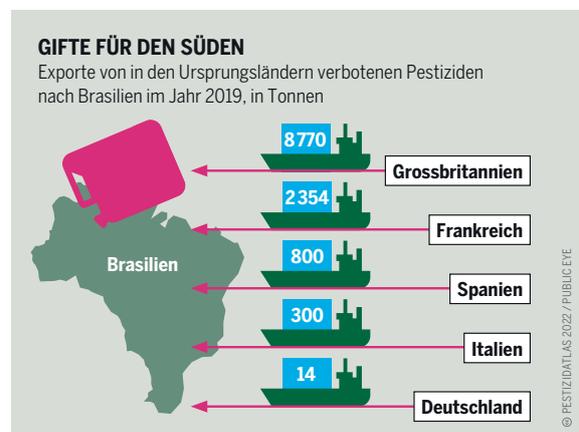
Brasilien gehört zu den grössten Pestizidmärkten der Welt. Der Grossteil der Verkäufe hochgefährlicher Pestizide landen bei den Sojaplantagen des Landes.

Glyphosat wird von der WHO als vermutlich krebserregend eingestuft. In Brasilien gehört es zu den meistverkauften Pestiziden – 2018 wurden fast 200 000 Tonnen abgesetzt.

der Studie gehörte. Daraufhin brach die Universität die Studie ab und die Behörden beschlossen, Paraquat – trotz Druck der Hersteller und der industriefreundlichen Regierung – endgültig vom Markt zu nehmen.

Rund die Hälfte der 2018 und 2019 in Brasilien verkauften Paraquatmenge, das zeigen europäische Exportdaten, stammt aus Grossbritannien, hergestellt von Syngenta. ●

** Ana Aranha ist investigative Reporterin und Dokumentarfilmerin bei Repórter Brasil, einer unabhängigen Organisation brasilianischer Journalist*innen, die auf Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen fokussiert.*



Steifer Gegenwind für das Mercosur-Abkommen

Wenn Wirtschaftsminister Guy Parmelin schon frühzeitig das Totschlagargument des drohenden Arbeitsplatzverlustes auspackt, steht meist ein heisser Abstimmungskampf bevor. Ob es beim Mercosur-Handelsabkommen je so weit kommen wird, erscheint heute allerdings höchst fraglich. Und falls doch, muss die Schweiz inhaltlich noch gehörig nachbessern, um den Deal ins Trockene zu bringen.

THOMAS BRAUNSCHWEIG

Kurz nachdem das Wirtschaftsdepartement die frohe Botschaft verkündet hatte, dass die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA und den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay «in der Substanz» abgeschlossen werden konnten, warnte Bundesrat Parmelin in «Le Temps»: Ohne ein solches Abkommen wären unsere Unternehmen «fortement discriminées», was zu Arbeitsplatzverlusten führen würde. Denn auch die EU hätte einen Deal mit dem Mercosur abgeschlossen. Seither sind zweieinhalb Jahre vergangen, in denen es um das EFTA-Mercosur-Handelsabkommen auffallend ruhig geworden ist, obwohl die Ratifizierung für «spätestens» 2021 vorgesehen war. Was ist geschehen?

Verzögerungen hüben und drüben

Das federführende Staatssekretariat für Wirtschaft Seco führt eine Reihe von Gründen für den arg durcheinandergeratenen Zeitplan an, allen voran die Pandemie, die den gesamten Prozess erschwert und verlangsamt hat. Ausserdem habe sich bei der juristischen Bereinigung des Texts gezeigt, dass gewisse Passagen von den beiden Handelsblöcken unterschiedlich interpretiert würden und daher nachverhandelt werden müssten. Dieser Prozess verzögere sich seitens Mercosur noch zusätzlich aufgrund der prioritären Behandlung des Abkommens mit der EU. Und schliesslich habe der Regierungswechsel in Argentinien zu weiteren Verzögerungen geführt.

In der Tat steht die neue linksgerichtete Regierung Freihandelsabkommen äusserst kritisch gegenüber – auch wenn der argentinische Aussenminister versichert hat, dass der Entscheid, keine neuen Handelsverträge zu unterzeichnen, bereits verhandelte Abkommen nicht betreffe.

Was nicht erwähnt wird, wohl aber als Hauptgrund für den schleppenden Fortgang gesehen werden muss: Frankreich und Irland sind gegen das EU-Abkommen, weil sie sich um die rasch fortschreitende Abholzung des Amazonas sorgen. Dies hat die EU-Kommission dazu bewogen, mittels Nachverhandlungen zu versuchen, den Mercosur-Staaten weitere Zugeständnisse zum Schutz der Regenwälder abzurufen. Widerstand erwächst dem

Abkommen auch von der neuen deutschen Regierung: Sie hält in ihrem Koalitionsvertrag fest, dass sie sich nur für eine Ratifizierung des Mercosur-Abkommens einsetzen werde, «wenn zuvor von Seiten der Partnerländer umsetzbare und überprüfbare, rechtlich verbindliche Verpflichtungen zum Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsschutz eingegangen werden und praktisch durchsetzbare Zusatzvereinbarungen zum Schutz und Erhalt bestehender Waldflächen abgeschlossen worden sind».

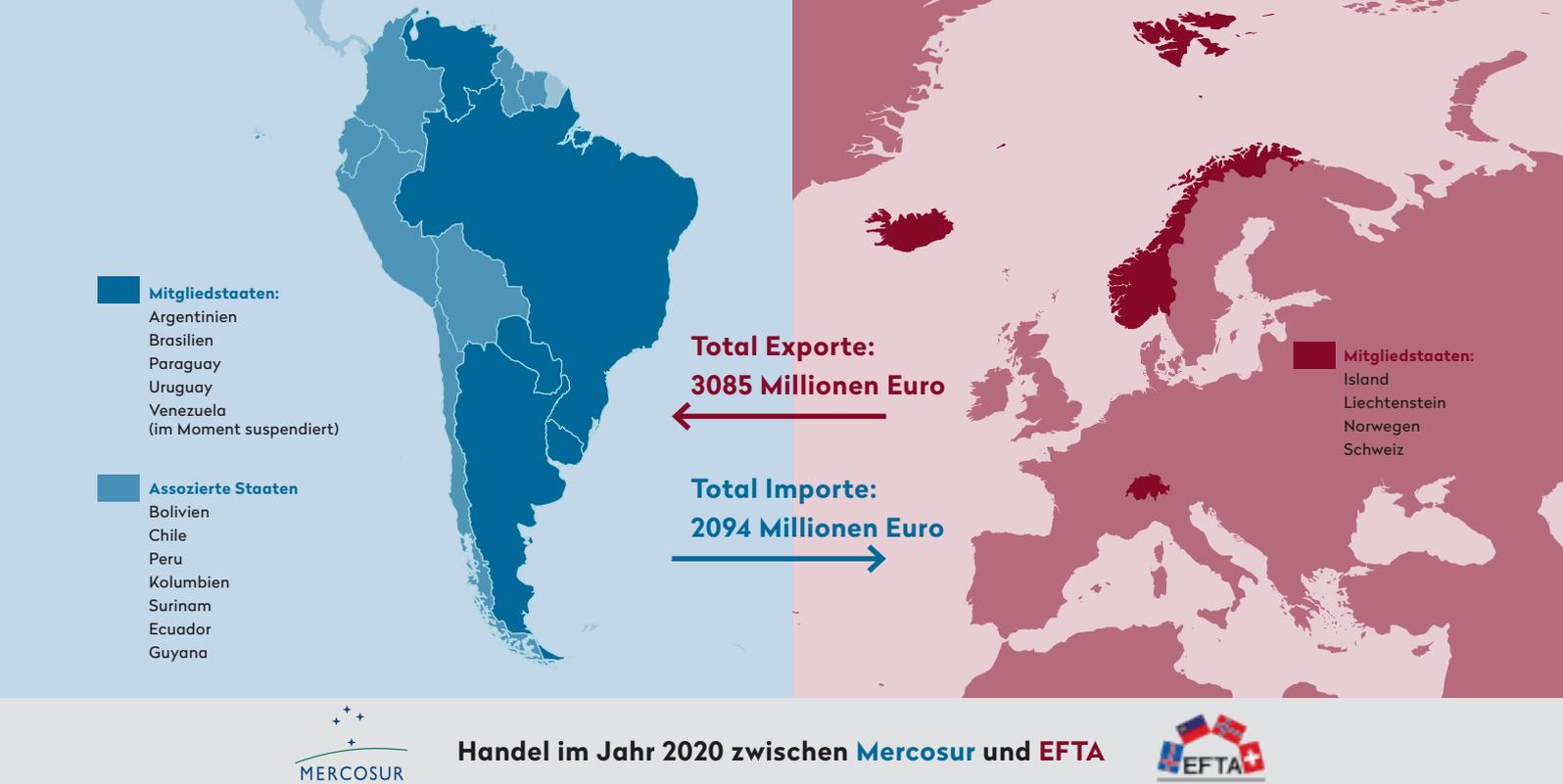
Aus der Zeit gefallen

Zweifellos sind diese Entwicklungen auch für die EFTA hochrelevant. Das Seco hat denn auch verlauten lassen, dass es mit dem Mercosur diesbezüglich ebenfalls in Kontakt stehe, die Gespräche aber erst am Anfang stünden.

Auch zweieinhalb Jahre nach Verhandlungsabschluss warten wir deshalb immer noch auf die Veröffentlichung des Vertragstextes. Diese Intransparenz ist nicht mehr zeitgemäss und passt schlecht zu den bundesrätlichen Versprechen in seiner aussenwirtschaftspolitischen Strategie: «Die Schweiz pflegt eine transparente und für Anliegen der interessierten Kreise zugängliche Aussenwirtschaftspolitik. Sie informiert systematisch über neue Regelungen und Abkommen.»

Zudem wurden zivilgesellschaftliche Kreise in der Schweiz und den Mercosur-Staaten weder im Vorfeld noch während des Verhandlungsprozesses konsultiert – ganz im Gegensatz zu Wirtschaftskreisen. Einmal mehr wurde auch die Forderung von Public Eye und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen nach vorgängigen Nachhaltigkeitsstudien ignoriert. Solche Wirkungsanalysen wären wichtige Entscheidungsgrundlagen für die Verhandlungen und sollen sicherstellen, dass Freihandelsabkommen menschenrechtskonform und nachhaltig ausgestaltet sind.

Eine detaillierte Einschätzung des Abkommens ist aufgrund des bis heute unter Verschluss gehaltenen Vertragstextes nicht möglich. Die spärlich vorliegenden Informationen lassen jedoch befürchten, dass das Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten grundsätzlich in die falsche Richtung geht. Darauf deutet auch die



fehlende Verknüpfung von Zollkonzessionen mit Nachhaltigkeitsanforderungen hin. Während die Schweiz im Indonesien-Abkommen einen solchen Verknüpfungsmechanismus zumindest für Palmöl eingeführt hat, verzichtet sie im Fall von Mercosur gänzlich auf diesen innovativen Ansatz – ein bedauerlicher Rückschritt.

Ebenfalls enttäuschend ist der offensichtlich ungenügende Schutz indigener Gemeinschaften, insbesondere vor dem Hintergrund der gesetzlich vorangetriebenen Schwächung der Rechte von Indigenen in Brasilien. Um zu verhindern, dass sich deren Menschenrechtssituation durch das Freihandelsabkommen weiter verschlechtert, braucht es griffige Bestimmungen, die überwacht und durchgesetzt werden können. Dass im Nachhaltigkeitskapitel lediglich auf die wichtigsten internationalen Menschenrechtsinstrumente «verwiesen» wird und das gesamte Kapitel gemäss Seco von der im Abkommen vorgesehenen Schiedsbarkeit ausgenommen werden soll, ist absolut ungenügend.

Abkommen mit «neokolonialen Charakter»

Besonders heftig kritisieren zivilgesellschaftliche Organisationen in den Mercosur-Staaten die fehlende entwicklungspolitische Orientierung und den «neokolonialen Charakter» des Abkommens. Denn es ist zu befürchten, dass der weitgehende Abbau von Importzöllen für Industrieprodukte aus der EFTA die nationalen Industrien in den Mercosur-Staaten schwächen und damit ihre Rolle als Rohstofflieferanten zementieren würde. Public Eye warnt ebenfalls seit Langem vor einem unbedachten Zollabbau für Industrieprodukte, da damit auch dringend benötigte Staatseinnahmen wegfallen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und weitere Kreise stehen dem EFTA-Mercosur-Abkommen auf der Basis der spärlich verfügbaren Informationen äusserst

skeptisch gegenüber. Sie befürchten, dass dessen Stossrichtung sowohl den Nachhaltigkeits- und Klimazielen zuwiderläuft als auch die prekäre Menschenrechtssituation weiter verschärft. Der Bundesrat scheint die Zeichen der Zeit nicht erkannt zu haben und nicht willens zu sein, den dringend notwendigen Paradigmenwechsel in seiner Handelspolitik einzuleiten.

Ohne Nachbesserungen droht Widerstand

Damit ist er bereits bei der Indonesien-Abstimmung beinahe gescheitert. Und sollte die Schweiz beim Mercosur-Abkommen nicht noch umfangreiche Nachbesserungen vornehmen, wird ihm bei der Ratifizierung durch das Parlament und allenfalls Stimmvolk eine steife Brise ins Gesicht blasen. Denn bereits haben SP und Grüne angekündigt, das Abkommen im Parlament zu bekämpfen. Sollten sie erfolgreich sein, würde sich ein Referendum erübrigen. Für den anderen Fall haben die Grünen entschieden, das Referendum zu ergreifen, sollte das Abkommen keinen «verbindlichen Ansatz zum Schutz von Klima, Umwelt und Menschenrechten enthalten». Auch die SP erwägt die Unterstützung eines Referendums, wenn es im Abkommen «keinen wirksamen Schutz von würdiger Arbeit und dem Regenwald» geben sollte.

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben sich noch nicht abschliessend festgelegt, ob sie ein Referendum ergreifen oder unterstützen würden. Auch Public Eye will vor dem definitiven Entscheid die Veröffentlichung des Vertragstextes abwarten. Die bisher bekannten, bruchstückhaften Informationen deuten aber darauf hin, dass unsere langjährigen handelspolitischen Forderungen in keiner Weise berücksichtigt wurden. Sollte sich diese Einschätzung bei der Analyse des finalen Texts bestätigen, werden wir ein allfälliges Referendum entschlossen unterstützen. ■



David Mühlemann, Rohstoffhandelsexperte bei Public Eye, und Moderator Nico Meier im Gespräch

© Public Eye

Wir müssen reden – der neue Podcast von Public Eye

Ausbeutung in der Textilindustrie, Korruption im Rohstoffsektor, Verkauf von hochgiftigen Pestiziden: Unser neuer Podcast «Wir müssen reden» spricht Klartext. Und er schaut dort genau hin, wo Schweizer Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt.

DAPHNE GROSSRIEDER

«Achtung, wir drehen!» Das Klatschen unseres Kameramanns markiert die erste konkrete Umsetzung eines Projekts, das seit mehreren Monaten bei Public Eye keimte: einen Podcast zu produzieren, der den Themen gewidmet ist, die unserer Organisation am Herzen liegen. Dieses Format hat sich in den letzten Jahren zu einem immer erfolgreicherem Medium entwickelt.

«Wir müssen reden. Public Eye spricht Klartext.» Unter dieser Marke wurden nun schon mehrere Episoden des Podcasts gedreht – alle moderiert von Podcast-Spezialist Nico Meier. Damit wollen wir unseren Mitgliedern, aber auch denjenigen, die Public Eye noch nicht kennen, die Möglichkeit geben, mehr über unsere Recherchen und Kampagnen zu erfahren und die Gesichter hinter unserer Organisation zu entdecken.

Episode 01

Big Pharma: Profit um jeden Preis

Gabriela Hertig, unsere Expertin für Gesundheitspolitik, spricht über die eklatanten Ungleichheiten beim Zugang zu Impfstoffen und Behandlungen gegen Covid-19.

Episode 02

Shein: Der Online-Gigant für Wegwerfmode aus China

Unser Rechercheur Timo Kollbrunner nimmt Sie mit hinter die Kulissen des neuen Königs der Online-Mode, der junge Menschen süchtig macht und dazu voll auf Social Media setzt.

Episode 03

Kaffee, Soja und Co: Missstände auf Schweizer Plantagen

Silvie Lang, Expertin für den Agrarhandel bei Public Eye, weiss alles über die Konzerne, die den Rohstoff für unseren

täglichen Kaffee oder Orangensaft produzieren. Sie deckt auf, welche Missstände auf Plantagen herrschen und wer dafür verantwortlich ist.

Episode 04

Auf den Spuren der russischen Oligarchen

Die Schweiz ist seit Langem ein Rückzugsort für Putin nahestehende Milliardäre. Wer sind sie und warum lieben sie unser Land so sehr? Die Antworten hat David Mühlemann, Jurist und Rohstoffhandelsexperte bei Public Eye.

Abonnieren Sie unseren Podcast, teilen Sie ihn und kommentieren Sie ihn!



Hier finden Sie unseren Podcast:
publiceye.ch/podcast



© humphery/Shutterstock.com



© Saatgut-Ausstellung, Basel



© Mark Henley/Panos

Wie menschenrechtliche Sorgfaltspflichten als Gesetze Zähne kriegen

Viele Länder weltweit diskutieren derzeit über verbindliche Rechtsvorschriften für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten (HRDD). Solche Gesetze braucht es, um sicherzustellen, dass Unternehmen die Menschenrechte respektieren und Opfer von Menschenrechtsverletzungen Zugang zu Recht und Rechtsmitteln haben. Gesetzgeber müssen die normativen Standards für die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht, die in den UN-Leitprinzipien und den OECD-Leitsätzen enthalten sind, in gesetzlich verankerte Verpflichtungen umwandeln.

Wenn Gesetzgeber dabei nicht das richtige Gleichgewicht zwischen praktischer Flexibilität und normativer Starrheit finden, besteht ein grosses Risiko: Im besten Fall werden die HRDD-Gesetze zu einem Papiertiger, der sich auf die Menschen nicht wirklich positiv auswirkt. Im schlimmsten Fall begünstigen sie Greenwashing-Techniken, hinter denen sich Unternehmen verstecken können, obschon sie weiterhin Schaden anrichten. Um dies zu verhindern, hat Public Eye einen Report (auf Englisch) publiziert. Er enthält zwölf wichtige Interpretationen der normativen Standards, die Gesetzgeber bei der Festlegung von HRDD-Verpflichtungen beachten müssen.



Report «Respecting Rights or Ticking Boxes?»
publiceye.ch/hrdd-report

Innovative Ausstellung zu Saatgut ist demnächst in Luzern zu sehen

Unser Saatgut ist die Basis unserer Zivilisation. Heute ist es stark bedroht. Die Public Eye Regionalgruppe Zentralschweiz zeigt die Wanderausstellung «Saatgut» in der Luzerner Innenstadt. Die Ausstellung kann auf einem knapp anderthalbstündigen Rundgang durch Luzern erlebt und ergänzend online besucht werden.

Auf sechs Plakaten können Sie sich informieren über die Geschichte des Saatguts, die Probleme der heutigen Saatgutindustrie und die Bedeutung der lokalen Saatgutzucht. QR-Codes ermöglichen jeweils den Zugriff auf vertiefende Inhalte im Internet.

Zum attraktiven Rahmenprogramm, das an unterschiedlichen Standorten in Luzern stattfindet, gehören mehrere Führungen, eine Pflanzentauschbörse sowie ein von Bioterra organisierter Kurs, in dem Interessierte lernen, Saatgut selbst zu vermehren. Vernissage der Saatgutausstellung ist am Samstag, 30. April 2022 von 16 bis 18 Uhr auf dem Vorplatz des Neubads an der Bireggstrasse 36 in Luzern. Die Ausstellung dauert bis Samstag, 14. Mai.



Mehr zur Ausstellung:
saatgutausstellung.ch/rahmenprogramm

#PayYourWorkers: Erfolg in Textilfabrik in El Salvador

Nach mehr als einem Jahr intensiver Proteste haben rund 200 ehemalige Beschäftigte der Textilfabrik Industrias Florenzi in El Salvador ihren Kampf um Abfindungen und nicht bezahlte Löhne nach der Schliessung des Werks im Juli 2020 gewonnen. Zu den Produkten, die die Beschäftigten herstellten, gehörten medizinische Kittel für das US-Unternehmen Barco Uniforms, darunter auch die beliebten Produkte der Marke «Grey's Anatomy», die Barco unter einer Lizenz von Disney verkauft.

Im Rahmen der globalen Kampagne #PayYourWorkers und mithilfe eines siebenwöchigen Hungerstreiks konnte Barco davon überzeugt werden, einen Beitrag von 1 Million US-Dollar an die Arbeiter*innen zu leisten. Diese Zahlung stellt einen wichtigen Erfolg dar und wird den ehemaligen Beschäftigten von Industrias Florenzi und ihren Familien helfen, sich aus ihrer wirtschaftlichen Not zu befreien. In diese waren sie geraten, weil der Eigentümer der Fabrik ihnen nach der Schliessung derselben infolge der Pandemie viele Monate lang die ihnen gesetzlich zustehende Entschädigung verweigert hatte.



Mehr zum Erfolg bei Industrias Florenzi:
www.payyourworkers.org/industriasflorenzi

GENUG VON HOCHGIFTIGEN PESTIZIDEN UND INSEKTENSTERBEN?

Wussten Sie, dass ...

... jedes Jahr 385 Millionen Menschen weltweit eine Pestizidvergiftung erleiden.

... hochgefährliche Pestizide, die in der Schweiz und in der EU verboten sind, dennoch hier produziert und in ärmere Länder exportiert werden.

... 25% der weltweiten Pestizidverkäufe auf das Konto der Schweizer Syngenta-Gruppe gehen.

Diese und viele andere wertvolle Infos finden Sie im Schweizer Pestizidatlas. Auf 52 Seiten und mit über 80 Infografiken zeigt er die Zusammenhänge und Folgen des weltweiten Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft.

© pestizidatlas Eimermacher/Puchalla



Bestellen Sie gratis den Schweizer Pestizidatlas 2022 mit der Antwortkarte in diesem Heft oder online:

publiceye.ch/pestizidatlas-schweiz

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Diererstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0)44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch, Spendenkonto 80-8885-4

publiceye.ch

[@publiceye_ch](https://twitter.com/publiceye_ch) [@publiceye.ch](https://www.facebook.com/publiceye.ch) [@publiceye_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch)



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye

Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye



GAS/ECR/ICR

nicht frankieren
ne pas affranchir
non affrancare

50167757
000001



Public Eye
Postfach 1317
8021 Zürich

Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye



GAS/ECR/ICR

nicht frankieren
ne pas affranchir
non affrancare

50167757
000001



Public Eye
Postfach 1317
8021 Zürich

Ich möchte mehr über Public Eye erfahren

- Ich bestelle ein Probe-Abonnement und erhalte kostenlos drei Ausgaben des Public Eye Magazins.

Ich möchte mich für eine gerechtere Welt engagieren

- Als Mitglied von Public Eye (CHF 75.- /Jahr – inkl. Abonnement Magazin)
- Als Jugend-Mitglied (in Ausbildung und/oder jünger als 27 Jahre, CHF 30.- /Jahr)
- Als Freiwillige_r in einer Regionalgruppe – bitte kontaktieren Sie mich.

- Frau Herr Neutral

Jahrgang (bei Jugendmitgliedschaft)

Vorname

Name

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail

Telefon

Bestellung Pestizidatlas

Ja, ich bestelle gratis ein Exemplar des Schweizer Pestizidatlas 2022.

- Frau Herr neutral

Vorname

Name

Strasse / Nr.

PLZ / Ort

E-Mail

Telefon

